

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 136

SOMMER 1999

DM 1,-

Nieder mit imperialistischer Besetzung des Kosovo! Alle US/UN/NATO/Bundeswehr- Truppen raus aus dem Balkan!

Die SPD/Grünen-Regierung der Bourgeoisie des deutschen Imperialismus brüstet sich damit, daß sie an dem monatelangen Terror beteiligt war, durch den die US-geführte NATO, das mächtigste imperialistische Militärbündnis der Welt, Serbien – ein kleines abhängiges Land – in die Knie

SPD/Grünen-Regierung: Imperialistische Schlächter!

gezwungen hat. Das „Friedens“diktat von US/EU/NATO macht den Kosovo auf unbestimmte Zeit zu einem NATO-Protektorat mit 50 000 Soldaten als Besatzungsmacht. Genau das, und nicht ihr zynisches Gerede darüber, die Kosovo-Albaner zu beschützen, war von Anfang an Ziel der NATO. Als proletarische Internationalisten, die offen für die Niederlage ihrer „eigenen“ Bourgeoisie eintraten, brandmar-

ken wir diesen Raub„frieden“, der von den blutigsten Massenmördern der Welt diktiert wurde: Alle US/UN/NATO/Bundeswehr-Truppen raus aus dem Balkan! Nieder mit dem Imperialismus! Für Arbeiterrevolution!

Dieser Sieg der Imperialisten ist nicht nur ein Schlag gegen die Bevölkerung Serbiens und des ganzen Balkans, sondern auch gegen die arbeitenden Menschen und Unterdrückten auf der ganzen Welt. Er unterwirft die Kosovaren – Serben, Roma und Albaner gleichermaßen – direkt dem Joch des Imperialismus und verstärkt damit den nationalen Haß in der Region. Die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung, die sich im Krieg gegen Serbien als ein höchst effektives Instrument der deutschen Bourgeoisie erwiesen hat, hat Blut geleckt und verschärft ihren Raubzug gegen die Arbeiterklasse und rassistischen Terror gegen Immigranten: Mit ihrem 30-Milliarden-Sparpaket greift sie vor allem Arbeitslose, Kranke, Rentner, Sozialhilfeempfänger an und hat mit

Fortgesetzt auf Seite 7



Georgi Licovski/dpa

Stürzt deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!



S. Pikula

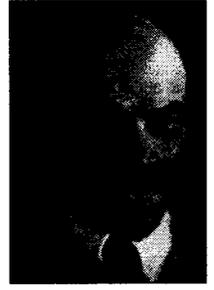
Bundeswehr besetzt Kosovo nach Bombenkrieg. Rechts: 20. Mai, Belgrader Krankenhaus zerstört durch NATO

Die Komintern von Lenin und Trotzki: Partei der Weltrevolution



TROTZKI

Vor 80 Jahren fand in Moskau die Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale statt. Unter Führung von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Partei, die 1917 die Oktoberrevolution zum Sieg führte, stellte die Komintern der proimperialistischen Sozialdemokratie der Zweiten Internationale das Programm der sozialistischen Weltrevolution entgegen. Als die nationalistische stalinistische Bürokratie in der Sowjetunion 1923/24 die politische Macht usurpierte und die Dritte Internationale in ein antirevolutionäres Werkzeug verwandelte, die Mitte der 30er Jahre zum offenen Reformismus überging, nahmen Trotzki und die Linke Opposition den Kampf für das Programm des leninistischen Internationalismus auf. Die Internationale Kommunistische Liga hat sich das Ziel gesetzt, die 1938 gegründete trotzkistische Vierte Internationale wiederzuschmieden, als notwendiges Instrument im Kampf für neue Oktoberrevolutionen weltweit.



LENIN

Zweiundsiebzig Jahre sind verflossen, seit die Kommunistische Partei der Welt ihr Programm in Form eines Manifestes, von den größten Lehrmeistern der proletarischen Revolution, Karl Marx und Friedrich Engels, geschrieben, verkündet hat. Schon zu jener Zeit war der Kommunismus, der kaum in die Arena des Kampfes getreten war, von Hetze, Lüge, Hass und Verfolgung der besitzenden Klassen, welche mit Recht in ihm ihren Todfeind ahnten, umstellt. Im Lauf dieser sieben Jahrzehnte ging die Entwicklung des Kommunismus schwere Wege: Stürme des Aufstiegs, aber auch Perioden des Niedergangs; Erfolge, aber auch harte Niederlagen. Im Grunde ging die Entwicklung doch den Weg, der ihr im Manifest der Kommunistischen Partei vorgezeigt war. Die Epoche des letzten, entscheidenden Gefechts ist später eingetreten, als die Apostel der sozialen Revolution es erwartet und gewünscht haben. Aber sie ist eingetreten. Wir Kommunisten, die Vertreter des revolutionären Proletariats verschiedener Länder Europas, Amerikas und Asiens, die wir uns in dem Sowjet-Moskau versammelt haben, fühlen und betrachten uns als Nachfolger und Vollbringer der Sache, deren Programm vor 72 Jahren verkündet wurde. Unsere Aufgabe besteht darin, die revolutionäre Erfahrung der Arbeiterklasse zusammenzufassen, die Bewegung von den zersetzenden Beimischungen des Opportunismus und Sozialpatriotismus zu reinigen, die Kräfte aller wirklich revolutionären Parteien des Weltproletariats zu sammeln und dadurch den Sieg der Kommunistischen Revolution in der ganzen Welt zu erleichtern und zu beschleunigen...

Der Kampf gegen das sozialistische Zentrum [USPD etc.] ist die notwendige Vorbedingung des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus... Wenn die Erste Internationale die künftige Entwicklung vorausgesehen und ihre Wege vorgezeichnet, wenn die Zweite Internationale Millionen Proletarier gesammelt und organisiert hat, so ist die Dritte Internationale die Internationale der offenen Massenaktionen, die Internationale der revolutionären Verwirklichung, die Internationale der Tat.

Die sozialistische Kritik hat die bürgerliche Weltordnung genügend gebrandmarkt. Die Aufgabe der internationalen kommunistischen Partei besteht darin, diese Ordnung umzustürzen und an ihrer Stelle das Gebäude der sozialistischen Ordnung zu errichten.

Wir fordern die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder auf, sich unter dem kommunistischen Banner zu vereinigen, unter dessen Zeichen die ersten großen Siege bereits erfochten sind.

Proletarier aller Länder! Im Kampf gegen die imperialistische Barbarei, gegen die Monarchie, gegen die privilegierten Stände, gegen den bürgerlichen Staat und das bürgerliche Eigentum, gegen alle Arten und Formen der sozialen und nationalen Bedrückung – vereinigt euch!

Unter dem Banner der Arbeiterräte, des revolutionären Kampfes für die Macht und die Diktatur des Proletariats, unter dem Banner der Dritten Internationale, Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Manifest der Kommunistischen Internationale an das Proletariat der ganzen Welt, unterzeichnet in Moskau am 6. März 1919

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 136

SOMMER 1999

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Pseudolinke von AMS, RSB bis Linksruck

Ihre Tarnung: „NATO raus!“, ihre Botschaft: Krieg unter EU-Kontrolle

In den fast drei Monaten der Terrorbombardierung Serbiens durch die NATO-Imperialisten traten die Jugendgruppen der Internationalen Kommunistischen Liga gegen den imperialistischen Krieg in Aktion. Von Sydney über Rom bis New York City initiierten unsere Genossen Kundgebungen und intervenierten in Proteste, um unsere Perspektive bekanntzumachen: *Niederlage der Imperialisten durch Arbeiterrevolution* und die *Verteidigung von Serbien gegen imperialistische Angriffe*.

Spartakist-Jugend

Auf Treffen von Jugendlichen gegen den Krieg führten wir scharfe Polemiken gegen die Gruppen, die ihr prokapitalistisches Programm mit Antikriegsphrasen zu vertuschen suchen. In Hamburg intervenierten wir am 26. März an der Uni in ein Treffen der AMS (Assoziation Marxistischer Studenten), in der die stalinistischen JUKOs (Hochschulgruppe des PDS-Anhängers DKP), der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) und andere selbsternannte Marxisten organisiert sind.

Eberhard von der Spartakist-Jugend betonte auf dieser Veranstaltung unsere Position, Serbien militärisch zu verteidigen, ohne dem kapitalistischen Milošević-Regime irgendeine politische Unterstützung zu geben. Dies stieß auf energischen Widerstand seitens der AMS. Denn während sich die PDS gerade als „Antikriegspartei“ darstellte, indem sie sich gegen die US-geführte NATO stellte und für vom deutschen Imperialismus geführte OSZE-Truppen Werbung machte, machte es sich die AMS in der PDS-„Antikriegsbewegung“ gemütlich. Dabei reden sie zwar von „proletarischem Internationalismus“, doch mit ihrer Position: „Für die Linke kann es in dieser Situation nicht darum gehen, in zwischenstaatlichen Konflikten Partei für die eine oder andere Seite zu ergreifen“ (AMS-Flugblatt), beziehen sie explizit keine Seite und lehnen den Sturz der „eigenen“ Kapitalisten ab. Bei einem Angriff der Imperialisten gegen ein kleines kapitalistisches Land wie Serbien ist es die Pflicht von Kommunisten, das Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. In Diskussionen an der Hamburger Uni erklärten wir, daß die Position des AMS sozialchauvinistisch ist. Wie schon Lenin 1915 in „Sozialismus und Krieg“ erklärte:

„Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung ‚Weder Sieg noch Niederlage‘ stehen gleichermaßen auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederrückung nicht übersehen.“

Die Berliner Spartakist-Jugend intervenierte in die Demos von Tausenden Studenten und in Studentenversammlungen (Friedensplenien) an der PDS-dominierten Humboldt-Uni. Die PDS, die der Außenpolitik des deutschen Imperialismus eine „strategische Neuorientierung“ geben will, versprühte während des Kriegs giftige antiamerikanische Hetztiraden, um die Arbeiter im Interesse der Kapitalisten zu spalten. Das wird von reformistischen Organisationen wie

Linksruck nachgeäfft: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt. Kein Land hat sooft Krieg geführt.“ Damit waschen sie die deutsche Bourgeoisie weiß, die zwei imperialistische Weltkriege vom Zaun brach und den Holocaust, die industrielle Ermordung von über 6 Millionen Juden, organisierte.

Auf dem Humboldt-Friedensplenium am 21. April intervenierte der RSB aggressiv für das „Selbstbestimmungsrecht für Kosova“. Jan von den Spartakisten machte klar, daß der Ruf des RSB nach UN-Truppen, um die Kosovaren zu „schützen“, und seine Losung „Weder NATO noch Milošević!“ eine Variante der Unterstützung des deutschen Imperialismus ist. Eine Teilnehmerin empörte sich, daß der RSB der Menschenrechtskampagne der *Frankfurter Allgemeinen* für die Kosovaren hinterherläuft und somit die Kriegsziele Deutschlands mitträgt. Da die Studenten nicht bereitwillig den „Menschenrechts“imperialismus schlucken wollten, verkroch sich der RSB gebeutelt aus dem Saal.

Auf dem nächsten Plenum, am 28. April, griffen PDS-nahe Studentenfürer die Studenten an, die Maßnahmen wie Unistreiks und -besetzungen gegen den Krieg befürworteten. Ein Genosse von uns erinnerte daran, daß während der Unistreiks 1997/98 die Studentenbürokratie die Werbetrömmel für eine SPD-Grünen-Regierung rührte. Jetzt, wo ihre Regierung an der Macht ist, versuchen sie, die Studenten, die gegen den SPD-geführten Krieg auf die Straße gehen und kein Kanonenfutter für die Imperialisten sein wollen, davon abzuhalten, ihre Illusionen in den „demokratischen“ Kapitalismus zu verlieren, und wollen sie in die nationalistische PDS-„Friedens“bewegung drängen.

Ihre reformistische Konkurrenz von Linksruck war von derselben Angst gejagt. Angesichts des steigenden Hasses gegen Schröder stellten sie Losungen wie „Raus aus der SPD! Raus aus den Grünen!“ auf. Kurzzeitig hatten sie Aufkleber: „Bundeswehr raus aus dem Balkan!“, um ihren platten Anti-

Fortgesetzt auf Seite 4



Hamburg, 20. Februar: Spartakist-Jugend auf Demo gegen drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal

Pseudolinke...

Fortsetzung von Seite 3

amerikanismus zu tarnen. Doch stand dies fast nie auf ihren Plakaten bei Demos, sondern immer „NATO raus aus dem Balkan!“ Hinter dieser Losung steht der Nationalismus in anti-amerikanischen Farben. Das zeigte sich ganz deutlich, als Alex Callinicos, ein führendes Mitglied der Socialist Workers Party, britische Mutterorganisation von Linksruck, während der Bombardierungen von Serbien einen Aufruf für den Einmarsch von imperialistischen UN- und OSZE-Truppen



Arbeiter und Soldaten tauschen am Vorabend der bolschewistischen Revolution von 1917 in Petrograd Banner aus

unterschrieb (abgedruckt in *New Statesman*, 10. Mai 1999). Dazu paßt, daß Linksruck den Sturz von Milošević fordert, nicht aber den der eigenen Schröder-Regierung, die sie durch ihren Wahlauftritt mit an die Macht hievt.

„Wir wollen nicht von der Antikriegsbewegung überrollt werden!“ erklärte nicht Fischer, auch nicht Scharping, sondern ein RSB-Sprecher für den „internationalistischen Block“ auf einem Treffen am 19. Mai, an dem 60 Leute teilnahmen. Dieser Block war ein Schutz- und Trutzbündnis von Pseudotrotzkisten, die sich wie die Gruppe Arbeitermacht (GAM) den Kriegszielen der NATO verschrieben haben. Wir entlarvten in der Diskussion den proimperialistischen Charakter dieses Blocks und sagten: „Alle diese Gruppen haben die kapitalistische SPD-Regierung direkt oder über die PDS unterstützt. Wir dagegen sagten vor den Wahlen: Eine Stimme für SPD oder PDS ist eine Stimme für rassistischen Terror und imperialistischen Krieg!“

Kleine Morde unter Freunden

Als dann unsere Genossen ein Foto zeigten von einer UCK-Demonstration in London, auf der Plakate wie „NATO – Jetzt oder nie!“ und „NATO – Viel Glück!“ getragen wurden, in die sich die britische Schwesterorganisation der GAM einreichte (siehe Seite 7), verpuffte jeder Vorwand, daß die von der GAM geforderte Bewaffnung der UCK irgend etwas mit proletarischem Internationalismus zu tun habe. Teilnehmer der Veranstaltung waren schockiert und empört darüber, daß dieselbe Gruppe ihnen noch vor einigen Minuten etwas von der Mobilisierung der Arbeiterklasse vorlog.

In einem Versuch, ihr Gesicht zu wahren, griff die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) nach unserem Beitrag die Unterstützung der GAM und des RSB für die UCK an, die sich der NATO als Bodentruppen anbot. Was für eine Heuchelei! Die ISO hatte das mitten im Krieg veröffentlichte Bündnisflugblatt

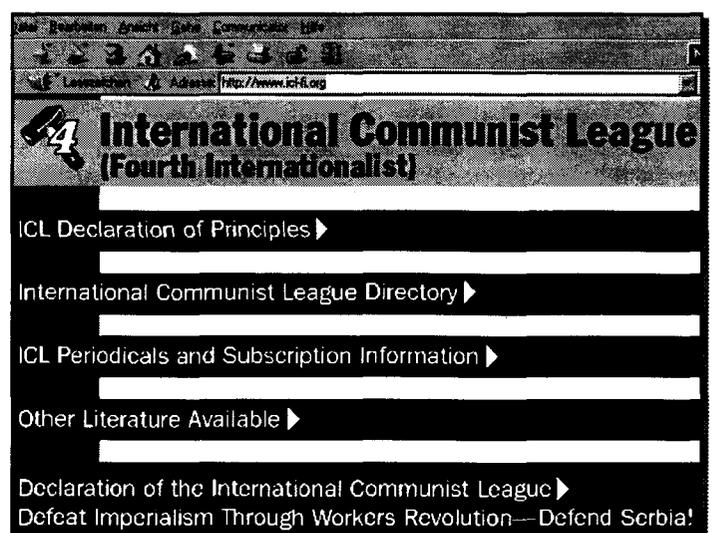
mit der Erklärung: „Wir sind solidarisch mit den Kosovo-Albanern, die sich gegen nationale Unterdrückung und ethnische Säuberungen zur Wehr setzen“, unterschrieben! Doch welche „Kosovo-Albaner“ setzten sich während der NATO-Angriffe gegen nationale Unterdrückung zur Wehr? Die „NATO-wir-sind-deine-Bodentruppen“-UCK! Für uns Trotzlisten dagegen war das Recht auf Selbstbestimmung für die Kosovo-Albaner, für das wir sonst eintreten, während des Krieges der Notwendigkeit, Serbien militärisch gegen die imperialistischen Angriffe zu verteidigen, untergeordnet. Während sich also die politischen Pleitegeier der ISO auf den Kadaver der GAM stürzten, blieb es dem RSB überlassen, dieses „gesunde Bündnis“ der NATO-Sozialisten zu verteidigen.

Wir sammelten noch Geld für die überlebenden Arbeiter der jugoslawischen Zastava-Auto-fabrik, die von den Imperialisten zerbombt wurde. Auch hier war es interessant, die Reaktionen der Anwesenden zu beobachten: Während einige Teilnehmer mit Freude bis zu zehn Mark spendeten, lehnte es ein Vertreter der GAM demonstrativ ab, Geld zu spenden, während andere GAMler und Mitglieder der anderen Gruppen beschämt ein paar Groschen und Pfennige hervorkramten und schnellstens die Sammelbüchse weiterreichten.

Alle diese Pseudorevolutionäre wollen uns weismachen, der Kampf für Arbeiterrevolution sei „utopisch, unrealistisch, sektiererisch“, und wollen ihn lächerlich machen. In einer Polemik gegen einen ähnlichen verrotteten Block während des Ersten Weltkriegs erklärte Lenin das politische Wesen solcher „Bündnisse“: „prinzipielle Verteidigung der Idee der ‚Vaterlandsverteidigung‘ im gegenwärtigen Krieg ebenso wie – mit gütiger Erlaubnis der Militärzensoren – Verspottung der Propagierung und Vorbereitung der Revolution... Die Frage ist die, ob man wie ein Sozialist handelt oder buchstäblich in den Umarmungen der imperialistischen Bourgeoisie ‚erstickt‘.“ (*Sozialismus und Krieg*, 1915)

Alle, die imperialistische Kriege, faschistischen Terror, Rassismus, Massenelend und Arbeitslosigkeit für immer beseitigen wollen; alle, die die Nase voll haben von der Heuchelei von SPD, PDS: Schließt euch unserem Kampf für die Weltrevolution an! ■

Besucht die IKL-Webpage!



www.icl-fi.org

Lutte Ouvrière deckt imperialistischen Balkankrieg Protestiert gegen Gangstertum von LO gegen IKL-Trotzkisten!

Nachstehend drucken wir eine Protesterklärung unserer Genossen der Ligue trotskyste de France, französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, vom 25. Mai ab.

Das diesjährige Fest von Lutte Ouvrière endete am 24. Mai mit einem gewalttätigen Überfall. Gegen 18.30 Uhr umzingelte eine zwanzig Mann starke Schlägerbande in Lederjacken, schwarzen Lederhandschuhen und mit Armbinden des Ordnerdienstes von Lutte Ouvrière Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), die politische Diskussionen führten. Unsere Genossen wurden am

LE BOLSCHEVIK

Hals gepackt und gewürgt, angesprungen und brutal aus dem Fest herausgeschleppt und von diesem Schlägertrupp geschlagen. Unser Genosse Xavier Brunoy, der Redakteur unserer französischen Zeitung *Le Bolchévik*, wurde gepackt, und sein Arm wurde von einem führenden LO-Gangster vorsätzlich in vier Stücke gebrochen. Er mußte in einem Rettungswagen vom Schauplatz transportiert werden und benötigte ärztliche Versorgung. IKL-Genossen organisierten sich schnell und gingen zurück zu den vielen schockierten Zeugen, um politische Opposition gegen diesen schrecklichen Angriff zu mobilisieren. Gewalt ist etwas, in das sich politische Feiglinge flüchten. Da LO nicht in der Lage ist, ihre politische Unterstützung zur kapitalistischen Jospin/Gayssot-Regierung zu verteidigen, einer Regierung des imperialistischen Kriegs auf dem Balkan, rassistischer Abschiebungen und des Streikbruchs an der Heimatfront, ersetzte LO das Gehirn durch die Faust als „Antwort“ auf das revolutionäre Programm der IKL.

Der direkte Anlaß für LOs gewalttätigen Angriff war die Entlarvung von LOs sozialchauvinistischer Unterstützung für ihre eigene herrschende Klasse im Balkankrieg durch die IKL. Indem sie die herrschende PS/PCF-Regierung nachäffen, die natürlich Antikriegsdemonstrationen unterdrückt, während sie Serbien in die Steinzeit zurückbombardiert, versucht LO, ein „marxistisches“ Fest durchzuführen, während sie gleichzeitig ignorieren, daß ein Krieg läuft! Auf der LO-LCR-Debatte wurde der Öffentlichkeit und sogar LO-Mitgliedern keine Diskussion über den Krieg erlaubt. Schlußendlich wurde das lästige Thema am letzten Tag, im letzten Forum, als die meisten Teilnehmer schon gegangen waren, für die Diskussion freigegeben. Trotz eines Anscheins von Opposition zu den Bombardierungen stimmt LO in den imperialistischen Schlachtruf über das „arme kleine Kosovo“ ein, der ein Vorwand für einen Terrorkrieg gegen die jugoslawische Bevölkerung ist und dafür, eine massive Armee von Bodentruppen aufzustellen, getarnt als „Friedenstruppen“.

In scharfem Gegensatz zu LO motivierten IKL-Genossen die Haltung von proletarisch-

revolutionären Internationalisten: **Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien gegen imperialistischen Angriff!** Im Augenblick ist das Recht auf Unabhängigkeit des Kosovo notwendigerweise dem Kampf gegen den NATO-Imperialismus untergeordnet. Gegen den Sozialchauvinismus und Opportunismus von LO und der LCR (Ligue communiste révolutionnaire) argumentierten IKL-Genossen, daß man den Krieg nicht bekämpfen kann, ohne für die sozialistische Revolution zu kämpfen, um das kapitalistische System umzustürzen, das Krieg hervorbringt. Die Anpassung von LO und LCR an die kapitalistische Ordnung sieht man im expliziten Aufruf der LCR für Bodentruppen auf dem Balkan und in der Plattform der LO/LCR-Liste für das Europaparlament, die nicht einmal das Wort „Sozialismus“ erwähnt. Mit „Euro-Sozialisten“ wie LO/LCR – wer braucht da noch den stinkenden Leichnam der Sozialdemokratie, die gegenwärtig im größten Teil des kapitalistischen Europas herrscht.

LO steckt in Schwierigkeiten, und kein Gangstertum kann ihre politische Krise verdecken. Jüngste Umfragen sagen voraus, daß die LO/LCR-Liste nicht die nötigen Stimmen zusammenbekommt, um es ins Europaparlament zu schaffen. Für eine Gruppe, die die proletarische Revolution zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus aufgab, die sich am finanziellen Trog des bürgerlichen Staates mästet, bedeutet eine Wahlniederlage ein Desaster. Also schlingert LO in einem verzweiferten Gerangel um Stimmen sogar noch weiter nach rechts. LO hat sich auf den Kampagnenstil

Fortgesetzt auf Seite 6



Lutte de Classe

Arlette Laguiller (LO) und Alain Krivine (LCR), „linke“ Unterstützer des französischen Imperialismus. LO versucht verzweifelt, die revolutionäre Opposition der IKL zu diesem Krieg und zu den kapitalistischen Regierungen, die den Krieg führen, zum Schweigen zu bringen



Le Bolchévik

Paris, 27. März: Ligue trotskyste de France entlarvt die rassistische Jospin-Regierung und den imperialistischen Krieg gegen Serbien auf Protestkundgebung gegen die Abschiebungen der Sans Papiers (Immigranten „ohne Papiere“)

LO-Gangstertum...

Fortsetzung von Seite 5

von amerikanischen bürgerlichen Politikern herabgelassen, indem sie sogar den Anschein eines politischen Programms wegwerfen und einem Mützen und T-Shirts mit keiner anderen Message als „Wählt LO/LCR“ aufschwätzen.

Deshalb waren diejenigen auf dem LO-Fest, die nach einer wirklich trotzkistischen Partei suchen, an der IKL interessiert. Direkt vor dem widerwärtigen Gangsterüberfall von LO rief eine italienische IKL-Genossin Teilnehmer am Fest auf, die Kampagne materieller Hilfe für die Arbeiter der Zastava-Autofabrik und anderer Fabriken, die vom Imperialismus zerbombt wurden, zu unterstützen, einer Kampagne, die von italienischen syndikalistischen Gewerkschaftern initiiert wurde. Viele Teilnehmer hießen die Möglichkeit willkommen, ihre Opposition zur eigenen Bourgeoisie und ihre Solidarität mit den Opfern der US/NATO-Bombardierungen auszudrücken. Das letzte, was die NATO sehen möchte, ist ein revolutionärer Klassenkampf von jugoslawischen Arbeitern gegen den kapitalistischen Schlächter Milošević (tatsächlich haben die Zastava-Arbeiter eine Geschichte von militanten Streiks). Das und unser proletarisch-internationalistischer Kampf für eine sozialistische Föderation des Balkans, um das ethnische Blutvergießen zu stoppen, das durch die kapitalistische Konterrevolution herbeigeführt wurde, ist etwas, was die Imperialisten zu verhindern suchen. LO heulte mit den imperialistischen Wölfen gegen den so-

Jedes Jahr verursachen die LO-Schläger einen neuen Skandal, der die ekelhaften Wertvorstellungen dieser französischen Sozialchauvinisten offenlegt. 1992 verweigerten die homophoben LO-Chauvinisten ACT-UP einen Stand. Dafür, daß wir ACT-UP unseren Stand anboten, wurde der IKL auf ewig verboten, einen eigenen Stand auf dem LO-Fest zu haben. In den letzten Jahren haben LO-Schläger wiederholt Jugendliche der zweiten Generation und Immigranten zusammengeschlagen, die zum Fest wollten. Letztes Jahr hat LO die baskische nationalistische Organisation Herri Batauna zensiert. Die Internationale Kommunistische Liga hat gegen jede einzelne dieser üblen Angriffe protestiert und sie entlarvt. Wartet nicht, um herauszufinden, wer als nächster bei LO drankommt. Handelt jetzt! Stoppt das politische Gangstertum und die Gewalttaten von LO! Wir fordern alle Arbeiterorganisationen auf, öffentlich diese feige und ekelhafte Gewalt zu verdammen!

25. Mai 1999

Abonniert!

Zeitung der
Ligue trotskyste
de France

4 Ausgaben
DM 10,-
incl. Spartacist

Bestellt bei:
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Frankfurter Allgemeine

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands

Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

„Der Imperialismus ist schuld am Flüchtlingselend“

Wie die militante Linke Lenins Dognatik auf den Kosovo-Krieg überträgt / Von Konrad Schuller

An die Redaktion:

Berlin, 18. Mai 1999

Ihr Artikel "Der Imperialismus ist schuld am Flüchtlingselend" von Konrad Schuller, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. Mai 1999, ist eine sorgfältig fabrizierte Verleumdung gegen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SPAD) und andere linke Gegner des imperialistischen Gemetzels auf dem Balkan. Ohne auch nur den leisesten Hauch eines Beweises impliziert Ihr Artikel, linke Gegner der mörderischen imperialistischen Angriffe auf Jugoslawien seien verantwortlich für angebliche Gewaltakte gegen Polizisten am 1. Mai in Berlin. Ihr Ziel ist es, die Linke als "gewalttätig" zu verleumden, um Repression gegen die Linke zu "rechtfertigen", ausgeführt entweder durch offizielle Agenturen des Staatsterrors oder durch die inoffiziellen Kampfunde der Reaktion, die Faschisten.

Der wirkliche Gewalttäter ist die sozialdemokratische kapitalistische Regierung, die, im Verein mit anderen NATO-Kräften, das winzige Serbien bombardiert, Menschen tötet und verstümmelt. Die imperialistischen Angriffe richten sich gegen die gesamte Zivilbevölkerung: Fabriken, Strom- und Wasserversorgung werden zerstört und Cluster-Bomben, die dafür gebaut sind, so viele Menschen wie möglich zu verstümmeln und zu ermorden, werden auf Wohngebiete abgeworfen. Nicht einmal die Botschaft Chinas oder Flüchtlinge aus dem Kosovo werden verschont. Ihr propagandistisches Ziel ist es, Gegner dieses rassistischen imperialistischen Regimes als Kriminelle zu brandmarken, um die Gesellschaft auf einen kriminellen Krieg einzuschwören, der schon jetzt äußerst unpopulär ist.

Im wesentlichen beweist Ihr Artikel, daß -- trotz allem Geschrei über den "Tod des Kommunismus" -- Ihre Zeitung, Sprachrohr der Bourgeoisie, auf die Aufdeckung imperialistischer Verbrechen durch Kommunisten nur mit der Verleumdung "gewalttätig" antworten kann -- also verbieten und erschlagen, wie es letztendlich Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg angetan wurde.

Die gleiche herrschende Klasse, die die Nazis finanzierte und Hitler an die Macht brachte, herrscht heute immer noch in Deutschland. Dies wird unterstrichen durch die jüngsten Prozesse, die jüdische ehemalige Sklavenarbeiter gegen deutsche Firmen führen. Kurz bevor die Bombardierung Serbiens begann, hetzte der Bundesgrenzschutz in Sachsen zwölf Flüchtlinge aus dem Kosovo zu Tode, und fast täglich gibt es Abschiebungen kurdischer Demonstranten zu wahrerlicher Folter oder Tod wegen ihres "Verbrechens", gegen die Entführung des PKK-Führers Öcalan protestiert zu haben.

BERLIN, 3. Mai. Der militante Teil der Berliner Linke hat seine Mailschlägereien in diesem Jahr dem Widerstand gegen „Bombenterror der Nato“ in Jugoslawien gewidmet. In der Flut von Aufrufen, die vor dem traditionell gewalttätigen Aufmarsch am 1. Mai verteilt wurden, war der Hinweis auf die Angriffe des Bündnisses von Personenzüge, Flüchtlinge und Politik“ gehindert hätten.

BERLIN, 3. Mai. Der militante Teil der Berliner Linke hat seine Mailschlägereien in diesem Jahr dem Widerstand gegen „Bombenterror der Nato“ in Jugoslawien gewidmet. In der Flut von Aufrufen, die vor dem traditionell gewalttätigen Aufmarsch am 1. Mai verteilt wurden, war der Hinweis auf die Angriffe des Bündnisses von Personenzüge, Flüchtlinge und Politik“ gehindert hätten.

All diese Argumente wurzeln in Lenins Imperialismustheorie, nach welcher der Kapitalismus in seiner letzten Entwicklungsstufe nur überleben kann, wenn er durch ständig neue Eroberungen sein Ausbeutungsgebiet erweitert. Der „Spartakist“ folgert mit Lenin: „Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen.“

FAZ-Schmierartikel vom 4. Mai hetzte gegen Linke, die gegen Bombenterror der SPD/Grünen-Regierung protestierten, und verleumdete sie als gewalttätige „Mailschläger“. Rechts: Protestbrief der SPAD vom 18. Mai

Balkan...

Fortsetzung von Seite 1

dem „Schröder/Blair-Papier“ direkt den Gewerkschaften den Krieg erklärt. Gleichzeitig wird die imperialistische Besetzung des Balkans die Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen und damit den Drang zu einem zukünftigen, noch blutigeren Krieg zwischen den Imperialisten beschleunigen.

Nach 73 Tagen und einer Horrorzahl von 33 000 Bombereinsätzen bekam die NATO genau das, was sie wollte – wobei Jelzins kapitalistisches Rußland in der Rolle des „netten Bullen“ maßgebliche Unterstützung gab. Genau wie während des einseitigen Krieges der USA/UNO gegen den Irak 1991 hatten es die Imperialisten systematisch auf die Infrastruktur abgesehen, die die Zivilbevölkerung zum Überleben braucht: Kraftwerke und Umspannwerke, Klärwerke, Heizkraftwerke für ganze Städte und Kommunikationssysteme. Fabriken, Krankenhäuser, Pflegeheime und Wohnblöcke wurden zu Trümmern zerbombt. Fast acht Jahre Wirtschaftssanktionen gegen Serbien haben dieses relativ industrialisierte Land bereits um Jahrzehnte zurückgeworfen. Jetzt haben die „demokratischen“ NATO-Imperialisten mehr Verwüstung über Serbien gebracht als der deutsche Imperialismus unter Hitlers Nazis im Zweiten Weltkrieg. Ein halbes Jahrhundert wirtschaftlichen Fortschritts, ermöglicht durch den Sturz des Kapitalismus in Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg – den die von den Imperialisten angezettelte Konterrevolution Anfang der 90er Jahre rückgängig machte –, wurde jetzt einfach ausradiert. Das ist das wahre Gesicht des „humanitären“ Imperialismus.

Ein Krieg um imperialistische Vorherrschaft

Heute sind die mehreren hunderttausend serbischen Einwohner des Kosovo auf der Flucht, ihre Häuser werden geplündert und in Brand gesteckt, jeden Tag sickern Berich-

te über Massaker an der serbischen Minderheit des Kosovo durch. Der serbische Exodus verläuft nach dem Muster der Vertreibung von etwa 300 000 Serben aus der Krajina 1995, die durch eine von den USA und Deutschland gestützte kroatische Militäroffensive verjagt wurden. Die Zukunft der beträchtlichen Roma-Bevölkerung ist genauso gefährdet. Noch vor dem Ende der Bombardierung griff ein pogromistischer Mob aus mehreren tausend ethnischen Albanern im Flüchtlingslager Stankovec in Mazedonien eine Roma-Familie an, weil sie angeblich auf der Seite der Serben wäre. Inzwischen häufen sich die Berichte über Folterungen und Massaker an Roma und Sinti durch die separatistische Kosovo-Befreiungsarmee (UCK). Aber auch die Albaner können nicht viel erhoffen von einer Zukunft unter NATO-Besatzung, die angeblich um ihretwillen durchgeführt wird. Die NATO-Mächte wollen die UCK, ihre Handlanger im Krieg gegen Serbien, entwaffnen, und sie lehnen explizit das Recht der Albaner auf Unabhängigkeit ab.

Wie wir in der Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 21. April (Spartakist-Extrablatt vom 26. April) schrieben:

„Der Krieg der NATO gegen Serbien hat nichts mit ‚Menschenrechten‘ oder der Verteidigung der albanischen Bevölkerung im Kosovo gegen ‚ethnische Säuberungen‘ zu tun. In diesem Krieg geht es nicht um die Kosovo-Albaner. Es ist ein Krieg um Vorherrschaft, bei dem die USA ihre langgehegten Pläne verwirklichen wollen, in Serbien eine beträchtliche US/NATO-Militärpräsenz zu errichten...“

Hinter dem Krieg gegen Serbien stand der Drang des US-Imperialismus, auf seinem „Recht“ zu bestehen, über kleine, abhängige Länder hinwegzutrampeeln und seinen imperialistischen Rivalen zu demonstrieren, daß Amerika aufgrund seines enormen Waffenarsenals zur Massenvernichtung weiterhin das Sagen hat. Um diesen Punkt zu

Fortgesetzt auf Seite 8

Balkan...

Fortsetzung von Seite 7

unterstreichen, weigerten sich die US-Herrscher, auch nur das Feigenblatt einer „Autorisierung“ durch die Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten, statt dessen führten sie den Krieg ganz allein unter dem Banner des von den USA dominierten NATO-Bündnisses.

Das kapitalistische Rußland ordnete seinen eigenen regionalen Herrschaftsdrang seiner ökonomischen Abhängigkeit gegenüber dem Westen unter, obwohl der Krieg die antiamerikanische Stimmung unter der Bevölkerung und innerhalb der herrschenden Kreise Rußlands heftig verschärft hat, die sich sowieso schon durch die Ausweitung der NATO nach Osteuropa bedroht fühlen. Nachdem die Russen ihre serbischen „Brüder“ auf Gedeih und Verderb der NATO ausgeliefert haben, drängen sie nun auf eine größere Rolle der UNO – wo sie eine Stimme haben – bei der Besetzung des Kosovo. Das spielt auch einer wachsenden Ablehnung der NATO in Europa in die Hände. Selbst während die imperialistischen Mächte die Aufrechterhaltung der „Einheit“ der NATO feiern, sind die imperialistischen Rivalitäten mit einem hörbaren Klick auf einer höheren Stufe eingerastet. Zwar hatten die USA das Sagen – und Tony Blairs Britannien schwelgte in seiner Rolle als Washingtons Bullterrier –, aber die europäischen Mächte sind jetzt entschlossen, eine von den amerikanischen Imperialisten unabhängige Militärmacht aufzubauen. Direkt unter der Schlagzeile der *New York Times* (4. Juni), die den von der NATO aufgezwungenen „Friedens“plan verkündete, las man: „Die Europäische Union verpflichtet sich, Militärmacht zu werden.“

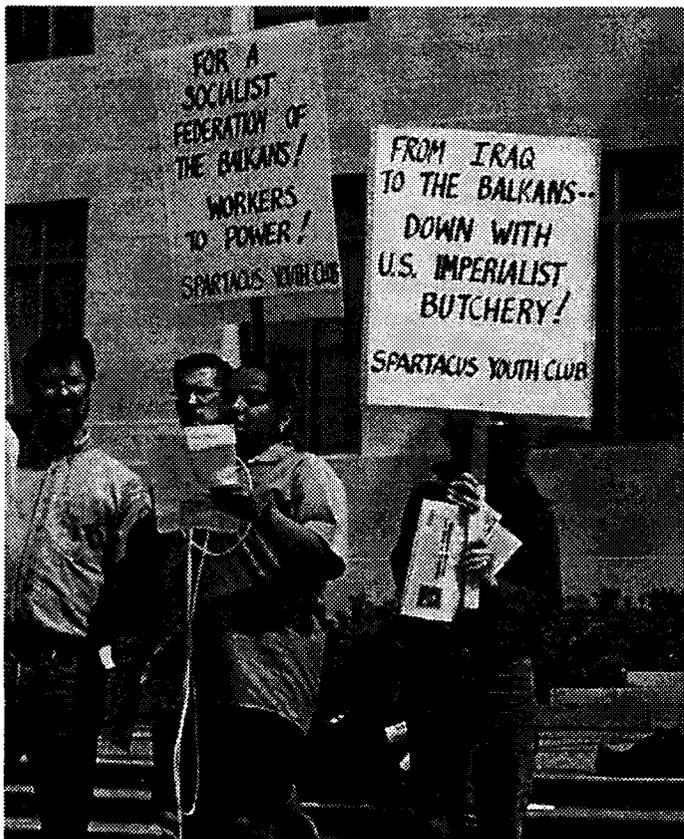
Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (31. Mai) berichtete, daß der französische Präsident Chirac und Kanzler Schröder „vollkommen übereinstimmen... Einsätze wie in Bosnien und auf dem Kosovo auch ohne amerikanische Beteiligung führen zu können“. Ausdruck des strategischen Interesses der deutschen Imperialisten, ihre US-Rivalen zurückzudrängen, ist auch der zügige Ausbau des DaimlerChrysler-

Rüstungskonzerns: Die kürzliche Übernahme der spanischen CASA gibt Deutschland eine entscheidende Stimme bei Airbus und Eurofighter. Die Tinte auf dem Vertrag war noch nicht trocken, als der Bau von Tankflugzeugen, basierend auf dem Airbus A310, angekündigt wurde, die zum Auftanken der Kampfflugzeuge dienen. Wie man sieht, ist der blutigen deutschen Bourgeoisie der militärische Arm zu kurz.

Schröder brüstet sich damit, daß der erste deutsche Kriegseinsatz seit Ende des Zweiten Weltkriegs eine „fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ bedeutete: „Ich behaupte: Keine andere Regierung als unsere hätte sie so treffen können und sie so ausgehalten“ (*Spiegel*, 7. Juni). Gerade weil die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei ihre Basis in den Gewerkschaften hat, ist es ihre historische Rolle, über die Gewerkschaftsbürokratie den Nationalismus in der Arbeiterbewegung zu schüren, sie dadurch zu spalten, Streiks niederzuhalten und sie dem Kapital als Kanonenfutter auszuliefern. Die Arbeiter in Deutschland waren polarisiert über den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan, und Gewerkschaftsgruppen und Vertrauensleute beteiligten sich an Protestkundgebungen gegen den Krieg. Am 1. Mai in Ludwigshafen ließ Kriegsminister Scharping die Bullen gegen protestierende Gewerkschafter losknüppeln. Der „linke“ Gewerkschaftsbürokrat Hensche von der IG Medien, der auf der Berliner Maikundgebung ein „sofortiges Ende der NATO-Luftangriffe“ forderte, mußte lautstarke Proteste einstecken, als er der NATO bei ihren Bombardierungen „gute Absichten“ bescheinigte. Ein großer Teil der etwa 10000 Gewerkschafter wollte im Gegensatz zu Hensche keinen Krieg gegen Jugoslawien.

Eine Delegation von Mitgliedern der IG Medien und anderer Gewerkschaften war nach Serbien gereist und hatte den Arbeitern der von der NATO zerbombten Zastava-Autofabrik eine Spende von 10000 DM übergeben. Auf einer Veranstaltung im Haus der IG Medien in Berlin, wo die Delegation vom NATO-Terror in Serbien berichtete, begrüßte ein SpAD-Unterstützer diesen Akt proletarischer Klassensolidarität, und er berichtete, wie er von Bullen vor dem DaimlerChrysler-Werk Marienfelde festgehalten wurde, als er für die Zastava-Arbeiter sammelte (siehe auch Seite 12). Zugleich betonte er, daß die SpAD/IKL die von den COBAS-Basiskomitees initiierte Spendenkampagne für die Arbeiter von Zastava aufgegriffen hat, um unter den Arbeitern gegen den mörderischen NATO/Bundeswehr-Bombenterror zu mobilisieren und ihnen einen Weg zu zeigen, ihre Gegnerschaft gegen die „eigenen“ Imperialisten und die SPD-geführte kapitalistische Regierung zum Ausdruck zu bringen. Für uns Trotzlisten war diese Kampagne eine Gelegenheit, klassenbewußte Arbeiter für den Kampf zum Sturz des imperialistischen Systems durch die proletarische Revolution zu gewinnen.

Im Gegensatz dazu unterstützten führende Sprecher der „Gewerkschafter gegen den Krieg“ die proimperialistische Politik der PDS, die mit Antiamerikanismus eine nationalistische Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik vorantreibt. Sie applaudierten, als der SpAD-Unterstützer auf die Rolle des deutschen Imperialismus bei der Zerschlagung des multinationalen jugoslawischen deformierten Arbeiterstaates hinwies. Aber als er erklärte, daß die PDS mit ihrer Forderung nach OSZE- oder UN-Truppen ihren Beitrag zu einer imperialistischen Besetzung des Kosovos liefert, wurde er ausgebuht. Gerade zu der Zeit, wo die PDS sich als „Antikriegspartei“ profilieren will, um Proteste unter Arbeitern und Jugendlichen in das Fahrwasser einer loyalen parlamentarischen Opposition zu lenken, ist die Entlarvung der sozialdemokratischen Arbeiterverräter zentral. Die SpAD kämpft für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die die Arbeiter für ihre eigene Machtergreifung mobilisiert.



Young Spartacus

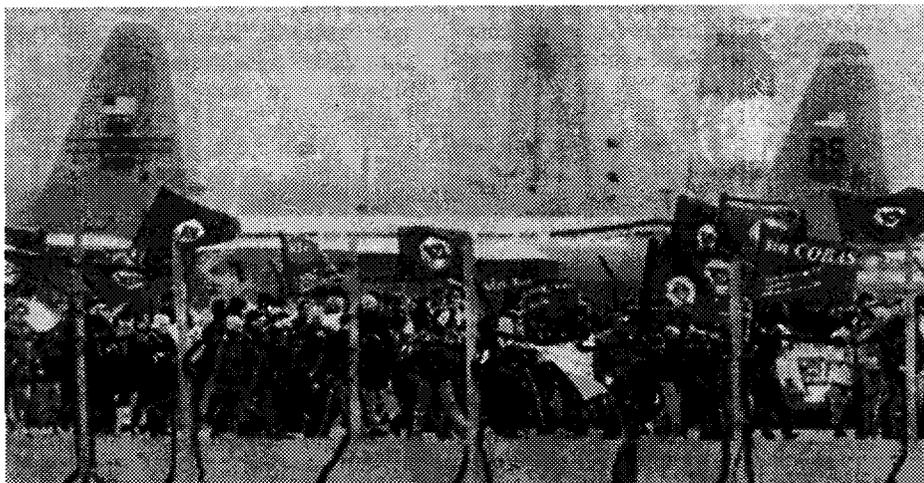
Berkeley, 29. März: Protest des Spartacus Youth Club

Die PDS forderte in einem Entschließungsantrag im Bundestag (6. Mai) „eine UNO-Friedenstruppe ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten“ sowie eine „Einbeziehung Rußlands und Chinas in Verhandlungen mit den Konfliktparteien“, genau wie Lafontaine bei seiner Rede am 1. Mai in Saarbrücken warnte, daß „das Zurseitenschieben der UN ein Fehler ist“ und es „keinen Frieden... ohne Rußland“ geben werde. Damit wollen sie ein Gegengewicht zur US-Vorherrschaft herstellen und den deutschen Einfluß im Osten ausweiten. Mit ihrer Abstimmung im Bundestag gegen eine Entsendung von Bundeswehrtruppen hat die PDS ein Image als „Antikriegspartei“ aufgebaut, in Wirklichkeit verfolgt sie eine größere Eigenständigkeit des deutschen Imperialismus gegenüber seinen Konkurrenten. Wie der PDS-Vorsitzende Bisky bei einer Rede auf dem Berliner Landesparteitag ausführte, soll Deutschland als „Opposition gegen die NATO“ agieren: „Zu den dafür zu nutzenden Mitteln müssen sowohl der Wille zu einer ausgeprägten deutschen Sonderrolle im Bündnis (militärisch wie politisch) als auch die Bereitschaft zum einseitigen Austritt zum geeigneten Zeitpunkt gehören“ (PDS-Pressedienst, 4. Juni). Die PDS unterscheidet sich vom Kriegskabinet Schröder/Fischer/Scharping lediglich dadurch, daß sie von den Oppositionsbänken aus offener die weitergehenden Interessen des deutschen Imperialismus aussprechen kann.

Krieg ist immer ein entscheidender Test für Revolutionäre. Die IKL erklärte: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!“ Unsere militärische Verteidigung Serbiens bedeutete kein Quentchen politischer Unterstützung für das kapitalistische Milošević-Regime. Wir gaben unserer proletarisch-internationalistischen Linie einen konkreten Ausdruck, indem wir Spenden für jugoslawische Arbeiter sammelten, deren Fabriken die NATO zerbombt hatte. *Vor allem betonten wir die Notwendigkeit, leninistische Avantgardeparteien zu schmieden, um das Proletariat zum Sturz der imperialistischen Bourgeoisien durch sozialistische Revolution zu führen.*

Praktisch jede westeuropäische Regierung, die an diesem imperialistischen Krieg teilnahm, wird heute von sozialdemokratischen Parteien geführt, manchmal im Block mit exstalinistischen und/oder bürgerlichen Parteien. So spielten die Sozialdemokraten von Anfang bis Ende die Rolle, die schon ihre Führer und Parteien der Zweiten Internationale gespielt hatten, als sie im Ersten Weltkrieg als Erfüllungshelfen ihrer eigenen Bourgeoisie fungierten. Auf der anderen Seite riefen damals die revolutionären Sozialdemokraten, hauptsächlich in den slawischen Ländern und auf dem Balkan – Lenins Bolschewiki, die bulgarischen „Engen“ Sozialisten, die serbischen Sozialdemokraten – ebenso wie der Liebknecht/Luxemburg-Flügel der SPD und andere zu proletarischer Opposition gegen das imperialistische Gemetzel auf. Diese Polarisierung legte die Basis für die Gründung der Dritten (Kommunistischen) Internationale nach der bolschewistischen Revolution in Rußland. Das ist unsere Tradition in unserem Kampf heute für eine proletarische Revolution, die die imperialistischen Kriegsherren wegfegt.

Im Gegensatz dazu treten die reformistischen und zentristischen „Sozialisten“ – von Tony Cliffs Socialist Workers Party in Britannien und Linksruck in Deutschland bis zum Vereinigten Sekretariat (Revolutionär Sozialistischer Bund [RSB] in Deutschland) und der Gruppe Arbeitermacht/Workers Power – in die Fußstapfen der Klassenverräter, die



Pinto/Reuters

Italienische Gewerkschafter protestieren vor NATO-Luftwaffenstützpunkt in Aviano gegen den Krieg, April 1999

1914 für die imperialistischen Kriegskredite stimmten. Heute, unter dem Eindruck eines großen Krieges in Europa, an dem die imperialistischen Mächte beteiligt sind, bietet sich uns das Schauspiel, wie sich einstige „Revolutionäre“ und „Antiimperialisten“ an proimperialistischen Kriegskundgebungen beteiligen. Praktisch allesamt verbreiteten diese Gruppen die Kriegsziele und die Kriegspropaganda der imperialistischen Herrscher über das „arme kleine Kosovo“, während sie gleichzeitig gegen die NATO-Bombardierungen wetterten.

Dieser Krieg legte das Wesen des Imperialismus bloß. Imperialismus ist nicht eine Politik, die durch den Druck der Massen geändert werden kann, wie die Reformisten es gerne hätten, sondern er ist das, was der bolschewistische Führer W.I. Lenin als „das höchste Stadium des Kapitalismus“ beschrieb: Kapitalismus in der Epoche seines Niedergangs, in der die Konkurrenz der Großmächte um Märkte und Einflußsphären unausweichlich zu immer katastrophaleren Kriegen führt. Krieg ist eine Fortsetzung der „normalen“ brutalen Funktionsweise des kapitalistischen Profitsystems, das den arbeitenden Menschen das Blut aussaugt und jeden Tag unzählige Menschen zum Tod durch Armut verdammt. Die Bombardierungen brachten die einzige Art von Frieden, die im Kapitalismus möglich ist – einen „Frieden“ der imperialistischen Ausplünderung und Vorherrschaft.

Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden. Er muß Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

136

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Balkan...

Fortsetzung von Seite 9

gestürzt werden durch Arbeiterrevolution. Das ist der einzige Weg, den Krieg zu beenden und wirkliche Gleichheit zwischen Nationen herzustellen. Wie wir in einem Flugblatt der SpAD zu Beginn der Bombardierungen sagten (26. März):

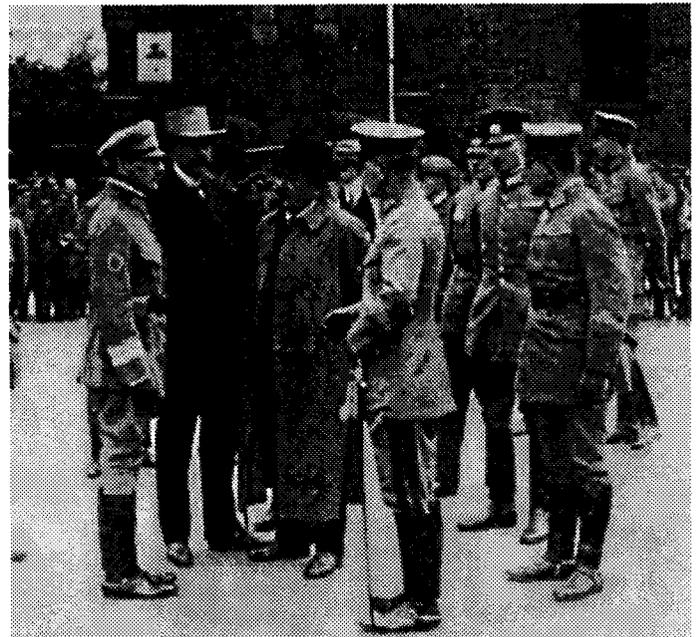
„Jeder erfolgreiche Militärschlag gegen den deutschen Imperialismus ist im direkten und unmittelbaren Interesse der arbeitenden Menschen und Minderheiten in diesem Land und auf der ganzen Welt...“

Es gibt nur eine Klasse auf der Welt, die die Macht hat, die Bourgeoisie zu stürzen, und das ist die Arbeiterklasse. Aber die Arbeiter müssen von der SPD und PDS, die sie an ihren Klassenfeind ketten, gebrochen werden.

Die aus Jugoslawien stammenden Arbeiter sind genau wie die türkischen und kurdischen Arbeiter ein wichtiger Bestandteil der eingewanderten Arbeiter in Deutschland, die für die proletarische Revolution strategisch sind. *Wir kämpfen für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei.*“

Große Lüge im Dienste des imperialistischen Terrors

Überlebende von Auschwitz protestierten gegen die Große Lüge von Scharping und Fischer, die die Unterdrückung der Kosovo-Albaner mit dem Nazi-Holocaust gleichsetzten, während die Wohnviertel und Holocaust-Gedenkstätten in Serbien von ihnen bombardiert wurden. Diese monströse Kampagne von SPD und Konsorten ist nicht nur eine Verharmlosung des Nazi-Völkermords – der bewußten und geplanten Auslöschung von Juden, Roma und anderen, die von den Nazis zu „Untermenschen“ erklärt wurden –, sondern sie dient auch der ideologischen Aufrüstung des wiedervereinigten Deutschlands, das sich durch seine Niederlage im Zweiten Weltkrieg nicht länger einengen lassen will. *Linksruck* titelte mit der Empörung betrogener Betrüger: „Dafür haben wir euch nicht gewählt!“ (April 1999), doch die Schröders und Fischers sind die geeigneten Charaktermasken des deutschen Imperialismus, der wieder seine gierigen Hände nach der Welt ausstreckt. Wie wir beim letzten Wahlkampf im *Spartakist* (Nr. 133, Herbst 1998) erklärten: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!“ Die deutschen Großmachtambitionen, die von SPD/Grünen durchgesetzt werden, sind ein Ergebnis der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands und der Konterrevolution



Süddeutscher Verlag

Die SPD erwies sich als treuer Vasall der herrschenden Kapitalistenklasse, als sie 1914 die Arbeiter in die Schützengräben des Ersten Weltkriegs trieb und die Arbeiterrevolution 1918/19 niederschlug. Oben: SPD-Führer Ebert und Noske (in Zivil) besiegeln 1919 mit Reichswehr-Offizieren die Zerschlagung der Münchner „Räterepublik“

in der Sowjetunion, die von Linksruck und anderen Pseudolinken bejubelt wurden.

Die Ermordung von Albanern, durchgeführt von Serben im Kosovo – wie zuvor die Ermordung von ethnischen Minderheiten in Bosnien und Kroatien durch serbische, kroatische und muslimische kommunalistische Kräfte –, hatte das Ziel, die Bevölkerung so zu terrorisieren, daß sie flüchtete, und nicht das Ziel, jede einzelne Person zu töten. Dies wurde unterstrichen in einer kürzlichen Internet-Meldung („Die verheerenden Fehler, die der NATO-Intervention in Jugoslawien zugrundeliegen“, 6. April) von Satish Nambiar, dem indischen General, der Anfang der 90er Jahre an der Spitze der UN-Kräfte in Bosnien stand: „Wir sahen keinerlei Völkermord, sondern Morde und Massaker auf allen Seiten, die typisch für solche Konfliktsituationen sind. Ich denke, keiner meiner Nachfolger und ihre Streitkräfte sahen irgendwas in dem Ausmaß, wie es von den Medien behauptet wird... Die Politik des Westens führte zu einem ethnisch reinen Groß-Kroatien und einem ethnisch reinen kleinen muslimischen Staat in Bosnien.“ Solche brutalen Zwangsumsiedlungen („ethnische Säuberungen“) wurden 1948 von den Zionisten gegen die Palästinenser durchgeführt und in zahlreichen anderen Fällen einer „Nationenbildung“ unter dem Kapitalismus.

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien entstand aus dem Zweiten Weltkrieg, als Titos kommunistische Partisanen die Nazi-Wehrmacht und auch die kroatische faschistische Ustascha und die serbischen monarchistischen Tschetniks erfolgreich bekämpften. Der Sieg der multinationalen Partisaneneinheiten demonstrierte, daß trotz jahrhundertelanger ethnischer Konflikte eine Einheit der südslawischen Völker innerhalb der Grenzen Jugoslawiens möglich war – *aber nur auf der Grundlage der proletarischen Staatsmacht*. Gleichzeitig hätte nur die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die entwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit auf dem relativ armen Balkan liefern können.

Aber Jugoslawien unter Tito war von Anfang an ein

„Marktsozialismus“
in
Osteuropa

Für proletarische
politische Revolution
in der UdSSR!

SEITE 2

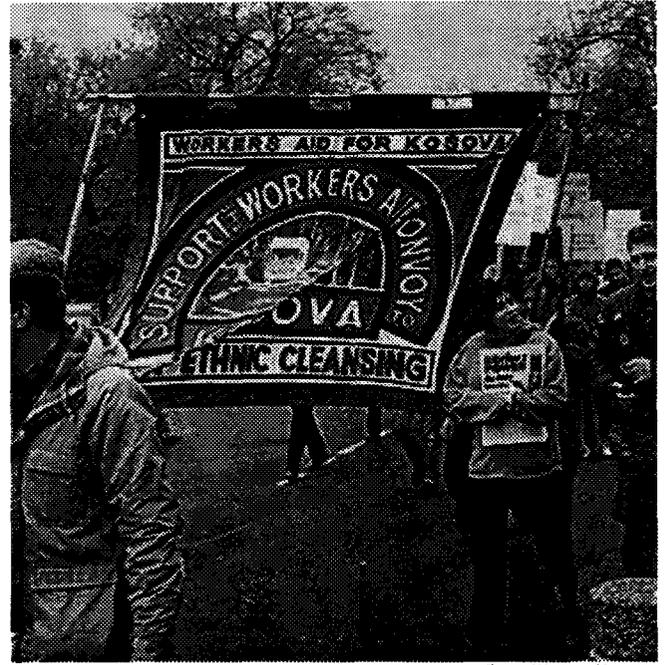
Der Bestsellertitel des jugoslawischen Modells 13
Mugars: „Jahres-Kommunisten“ geht pleite 28
Für zentrale Planung durch Sowjetbürokratie 27

Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft
SEITE 41

Die konterrevolutionäre Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien 1991 – angefacht durch die gleichen imperialistischen Mächte, die Serbien bombardierten und den Kosovo besetzten – wurde durch die Markt„reformen“ des früheren stalinistischen Regimes vorbereitet. Die Broschüre stellt das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie

DM 3,- zuzüglich Porto
(40 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktionsadresse



Fotos: Workers Hammer

10. April: Workers Power (Gruppe Arbeitermacht) zusammen mit UCK auf Pro-NATO-Demo in London

deformierter Arbeiterstaat, in dem eine stalinistische Bürokratie die Macht hatte, die dem nationalistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ verhaftet war. Das Regime verfolgte eine Politik des „Marktsozialismus“ – die nach Titos Tod 1980 weiter auf die Spitze getrieben wurde – und verschärfte damit die Ungleichheit zwischen den Regionen; so schürte es den Wiederaufstieg des Nationalismus und bahnte schließlich der von den Imperialisten angestachelten kapitalistischen Konterrevolution den Weg. Diese führte zu Massakern, Zwangsumsiedlungen und weiteren Greueln, die überall geschehen, wo bürgerliche Nationalstaaten auf den Trümmern einer ökonomisch integrierten multinationalen Gesellschaft, die aus eng miteinander vermengt lebenden Völkern bestand, gegründet werden. Der blutige Zerfall des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien wurde 1991 ausgelöst, als der damalige deutsche Außenminister Genscher mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien vorpreschte.

Während die meisten Linken Anfang/Mitte der 90er Jahre die bosnisch-muslimischen Kräfte unterstützten und damit die Linie der „humanitären“ Vorwände ihrer „eigenen“ kapitalistischen Herrscher übernahmen, weigerten wir uns, in diesem interethnischen Gemetzel eine Seite einzunehmen. Und als 1995 US/NATO-Bomber mörderische Angriffe gegen die bosnischen Serben flogen, standen wir praktisch allein da in der Linken mit unserer militärischen Verteidigung der Serben gegen den imperialistischen Angriff. Wie wir im oben zitierten SpAD-Flugblatt vom 26. März sagten: „Die nationalistischen Kriege auf dem Balkan sind ein direktes Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung von Jugoslawien und aller degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa... Marxisten kämpfen gegen das Gift des Nationalismus und für die Klasseneinheit der Arbeiter in Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und dem Kosovo zum Sturz all der blutigen nationalistischen Regime der Region, vom serbischen Gewaltherrscher Slobodan Milošević bis zum von Deutschland gestützten faschistoiden Tudjman in Kroatien... Für eine sozialistische Föderation des Balkans!“

„Euro-Sozialisten“

Marxisten fordern die volle Gleichheit aller Nationalitäten, was auch bedeutet, eine privilegierte Position für irgendeine der Sprachen abzulehnen. Im Fall von Völkern,

die eine gemeinsame Sprache und kulturelle Tradition haben – wie Österreicher und Deutsche – ist die Frage, ob sie getrennte Staaten haben, nicht allzu bedeutend. Aber die Albaner sprechen eine andere Sprache als die Serben und haben eine recht unterschiedliche nationale Kultur, was sich auch in der Tatsache widerspiegelt, daß die Albaner Muslime und die Serben orthodoxe Christen sind.

Lange bevor die Imperialisten und ihre linken Apologeten sich zynisch der Sache der Kosovo-Albaner annahmen, schrieben wir: „Marxisten sollten natürlich das Recht des albanischen Volkes im Kosovo und in Westmazedonien anerkennen, sich mit Albanien zu vereinigen.“ („The National Question in Yugoslavia: Part 2“, *Workers Vanguard* Nr. 110, 21. Mai 1976) Wir riefen zu proletarisch-politischen Revolutionen auf, um die stalinistischen Bürokratien in Jugoslawien, Albanien und Bulgarien zu stürzen, und zur Gründung einer sozialistischen Föderation des Balkans. Heute kämpfen wir für sozialistische Revolution in dieser ganzen Region. Wir unterstützen weiterhin das Recht der Kosovo-Albaner, sich abzutrennen – eine demokratische Forderung, die der Notwendigkeit, Serbien militärisch gegen die US/NATO-Angriffe zu verteidigen, untergeordnet war.

Fortgesetzt auf Seite 14

WORKERS HAMMER
International Communist League declaration
Defeat imperialism through worker revolution—Defend Serbia!
All US/British/UN/NATO troops out of the Balkans! For a workers' Europe!

LE BOLCHEVIK
Défaite de l'impérialisme par la révolution ouvrière!
Défense de la Serbie!

SPARTAKIST 4
¡Derrotar al imperialismo mediante la revolución obrera—Defender a Serbia!

SPARTAKIST 4
Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution—verteidigt Serbien!

Bestellt die IKL-Erklärung vom April 1999, übersetzt in sieben Sprachen und am 1. Mai von Tokio bis Johannesburg verteilt. Erhältlich über die Kontaktadresse

Spartakist-Verkäufer von Berliner Polizei festgehalten

Geldsammlung für jugoslawische Arbeiter

24. Mai – Nach dem US/NATO-Bombenangriff am 9. April auf die Autofabrik Zastava in Kragujevac, Jugoslawien, legten Arbeiter der Alfa-Romeo-Fabrik in Mailand ihre Arbeit aus Protest nieder, und die COBAS (Basiskomitees) bei Alfa Romeo organisierten eine Spendenkampagne für jugoslawische Arbeiter. Streiks und Arbeiterdemonstrationen gegen den Krieg sind in Italien immer häufiger geworden, wo jetzt eine Koalitionsregierung herrscht, angeführt von Premierminister Massimo D'Alema's Partei der Demokratischen Linken. Am 13. Mai führten die COBAS einen politischen Generalstreik durch, basierend auf der Losung „Kein Menschenleben, keine Lira für diesen Krieg!“

Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga auf der ganzen Welt haben aktiv diese von den COBAS initiierte Kampagne für materielle Hilfe unterstützt, die das Ziel hat, eine Milliarde Lire (etwa eine Million DM) für die Arbeiter von Zastava und anderen Fabriken zu sammeln.

Trotz unserer politischen Differenzen mit vielen Teilnehmern dieser Kampagne, auch den syndikalistisch beeinflussten COBAS, hat sich die IKL im Geist der Einheitsfront beteiligt – getrennt marschieren, vereint schlagen! Dadurch waren wir in der Lage, diese Spendenkampagne zu einem *internationalen* Unterfangen zu machen, und boten den Arbeitern auf der ganzen Welt einen Weg, ihre Klassensolidarität mit den jugoslawischen Arbeitern und ihre Gegnerschaft gegen den Tod und die Zerstörung auszudrücken, die die US/NATO-Imperialisten jetzt seit zwei Monaten auf die serbische Bevölkerung niederhageln lassen. Tatsächlich zeigt der mörderische Angriff der Imperialisten auf die Zastava-Fabrik – Dutzende von Arbeitern zu töten, Hunderte zu verletzen und Zehntausende in die Arbeitslosigkeit zu stoßen – kraß die Natur dieses US/NATO-Krieges, der klar darauf abzielt, die serbische Bevölkerung zu terrorisieren.

Der deutsche Imperialismus, der das konterrevolutionäre Auseinanderbrechen des deformierten Arbeiterstaates Jugoslawien vorangetrieben hat, führt jetzt seine ersten direkten militärischen Kampfhandlungen seit der Niederlage des Nazi-Regimes. Die Koalitionsregierung, geführt vom sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder, versuchte die wachsende Opposition in der Bevölkerung gegen den Krieg gegen Serbien zu unterdrücken, das während des

Zweiten Weltkrieges unter der Nazibesetzung gelitten hat. Am 18. Mai hat die Polizei zwei *Spartakist*-Verkäufer vor dem DaimlerChrysler-Werk in Berlin festgehalten, um sie daran zu hindern, Geld für die Spendenkampagne zu sammeln. Wie eine SpAD-Protesterklärung vom 24. Mai beschrieb:



Spartakist

Geldsammlung für die jugoslawischen Arbeiter in Zastava. Die IKL schloß sich der von den COBAS initiierten Spendenkampagne an, von der Humboldt-Uni in Berlin (links) bis Los Angeles



Young Spartacus

„So wurden unsere Unterstützer in einem Polizeiwagen trotz ihres Protests 45 Minuten lang festgehalten, während erstaunte Mercedes-Arbeiter und Auszubildende aus dem Fabriktor strömten. Die Spenden der Arbeiter, die vor der Ankunft der Bullen gesammelt worden waren, wurden sofort beschlagnahmt, zusammen mit der Sammelbüchse, unter dem Vorwand eines ‚Verdachts auf Betrug‘. Zugleich gibt es natürlich Tausende von Spendensammlungen für die Kosovo-Flüchtlinge, und die sind erlaubt, denn sie verstärken den Vorwand für diesen mörderischen Krieg (während die Grenzen des rassistischen Deutschlands den Flüchtlingen verschlossen bleiben).“

Dieser Angriff des SPD-geführten deutschen kapitalistischen Staates auf die grundlegende Klassensolidarität der Arbeiter, der dazu dient, alle Arbeiter einzuschüchtern und zu reglementieren, die es wagen, ihre Opposition zum Krieg des US- und deutschen Imperialismus im Balkan zu demonstrieren, muß zurückgeschlagen werden...

Es ist kein Zufall, daß die Polizei offensichtlich vom Werkschutz des Daimler-Konzerns gerufen wurde, das als Waffenproduzent und Stützpfiler sowohl des Dritten wie des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus strategische Interessen auch auf dem Balkan hat.“

Die SpAD-Erklärung wies auf die Geschichte von Klassenkampf der Zastava-Arbeiter hin, die vor zweieinhalb Jahren einen erbittert geführten Streik geführt haben gegen das bürgerlich-nationalistische Milošević-Regime, das im Zuge der kapitalistischen Restauration über die Hälfte der Belegschaft gefeuert hat. Die Erklärung drückt aus: „Der mörderische Akt des NATO-Terrors gegen sie – genau wie die Bombardierung anderer Schlüsselfabriken, durch die bisher die Arbeitsplätze von über einer halben Million Arbeitern zerstört wurden – war eine Warnung an das Proletariat des ganzen Balkans.“

In der imperialistischen „Höhle des Löwen“, den USA, haben unsere Genossen von Gewerkschaftern vor Betrieben und in Gewerkschaftsversammlungen Spenden gesammelt, auch bei der von Schwarzen und Immigranten dominierten Arbeiterschaft im New Yorker Nahverkehr. In Britannien, wo sich Tony Blairs Labour-Regierung als kriegslüsternde

da und Australien studieren, haben gespendet, auch bei Protesten gegen die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad.

Obwohl Wut und Abscheu gegen das NATO-Gemetzel weit verbreitet sind, ist die Kapitulation einer Reihe sogenannter „sozialistischer“ Gruppen vor ihren „eigenen“ Bourgeoisien, denen gegenwärtig vielfach sozialdemokratische Regierungen dienen, anscheinend bodenlos. Die britische Socialist Workers Party (SWP) von Tony Cliff und ihre internationalen Gefolgsleute sind ein zugespitztes Beispiel. Als unsere Genossen von der Spartacist League/Britain am 8. Mai bei einem Antikriegsprotest das erste Mal für die Spendenkampagne sammelten, spendeten einige SWPler. Aber die SWP-Führung hat das schnell unterbunden. Bei einem folgenden Protest am 18. Mai wurde die SWP-Sprecherin Julie Waterson so rabiat bei dem Versuch, die Anstrengungen unserer Genossen zu durchkreuzen, daß sie eine Handvoll Flugblätter aus einem Sammel-eimer riß.

Unsere Teilnahme an der Kampagne für die von der NATO bombardierten Arbeiter erzwingt notwendigerweise einen politischen Kampf gegen die Reformisten und Zentristen, die ihre jeweilige Bourgeoisie unterstützen und versuchen, ihr das Leben leichter zu machen. Als Leninisten ist unser Verständnis, daß Opposition gegen den Imperialismus weltweit bedeutet, den Klassenkampf zu Hause zu führen – daß die sozialistische Revolution, die das Instrument einer revolutionären Partei erfordert, der einzige Weg ist, dem kapitalistischen System, das den Krieg ausbrütet, ein Ende zu bereiten.

Die Spendenkampagne wurde zum 13. Juni erfolgreich abgeschlossen. Das Endergebnis der von der Internationalen Kommunistischen Liga durchgeführten Geld-

sammlung lag uns bei Redaktionsschluß am 1. Juli noch nicht vor und wird in der nächsten Ausgabe des Spartakist veröffentlicht. ■



Autofabrik in Zastava nach dem NATO-Bombardement.

Macht der NATO hervortut, haben Vertrauensleute der Cowley-Autofabrik, Arbeiter bei Ford Dagenham (nahe London) und Arbeiter der Londoner U-Bahn gespendet. Gespendet haben auch eingewanderte Arbeiter – in Britannien und anderswo in Europa –, die sich den zynischen „humanitären“ Vorwand für den Balkankrieg der NATO nicht andrehen lassen, die die Zielscheibe rassistischer staatlicher Unterdrückung sind und des faschistischen Terrors, der davon hervorgebracht wird.

In Mexiko, das der imperialistischen Ausplünderung durch die USA unterworfen ist, wurde die Grupo Espartaquista eingeladen, an 600 Delegierte vom Arbeiterkomitee an der Nationalen Autonomen Universität in Mexico City, die durch militante Proteste gegen die Einführung von Studiengebühren erschüttert wurde, eine Grußadresse zu übermitteln und unter ihnen zu sammeln. In Japan, bei einem großem Protest mit 50 000 Teilnehmern gegen Änderungen des japanisch-amerikanischen Militärpakts am 22. Mai, griffen Metall-, Krankenhaus- und Eisenbahnarbeiter tief in ihre Taschen und spendeten für die Kampagne – wie auch junge Anhänger der Kommunistischen Partei, trotz der Versuche ihrer Führer, uns auszuschließen und zum Schweigen zu bringen. Und Studenten aus dem deformierten Arbeiterstaat China, die in den USA, in Kana-

Abonniert!

Zeitung der Lega trotskista d'Italia

4 Ausgaben
DM 6,-

Bestellt bei:
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank
Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

SPARTACO

Bertinotti e Cossutta:
due facce del Fronte popolare

Balkan...

Fortsetzung von Seite 11

Die separatistische UCK war sowieso schon sehr abstoßend mit ihrem wahllosen Terror gegen serbische Zivilisten. Aber mit der US/NATO-Intervention gegen Serbien in diesem Frühjahr wurde die UCK einfach zum Handlanger der Imperialisten. Für die Pseudosozialisten, die weiterhin nach „Unabhängigkeit für Kosovo“ und Unterstützung für die UCK schrien, diente dies nur als Deckmantel für ihre Unterstützung der Kriegsziele der Imperialisten. Das wurde klar, als Workers Power und eine Anzahl weiterer Labour-naher „sozialistischer“ Gruppen eine Versammlung am 11. Mai in London sponserten, deren Hauptredner ein fanatisch NATO-freundlich eingestellter albanischer Nationalist war.

In klassisch zentristischem doppeldeutigem Gerede behauptete Workers Power in einer Erklärung, die sie bei einer öffentlichen Veranstaltung am 30. März in London verteilten, sie „unterstützen die Selbstverteidigung der serbischen Kräfte gegen den NATO-Angriff“ – jedoch, fügten sie hinzu, „nicht in Kosova, das sie kein Recht haben zu besetzen“, und sie forderten besonders „das Recht der Kosovaren, Waffen und Munition von jedem zu beschaffen, der willens ist, sie ihnen zu geben“. Damit verbreitete WP die obszöne Lüge, daß den Albanern die Selbstbestimmung auf den Bajonetten der NATO gebracht werden würde!

Im ganzen Verlauf des jetzigen Kriegs haben WP/GAM hartnäckig geleugnet, daß die UCK sich den NATO-Imperialisten untergeordnet hatte. Zwar kann die GAM die offene Begeisterung der UCK für die NATO-Bombardierung nicht ganz leugnen (siehe ihre groteske Forderung in *Arbeitermacht*, Mai 1999: „Die UCK muß mit ihrer politischen Unterordnung unter die NATO brechen“), doch gleichzeitig deckt sie ihre „kritische Unterstützung“ ab: „Während die Führung der UCK nur all zu gern die Rolle von Bodentruppen der NATO spielen würde, hat der Imperialismus kein Interesse an ihnen.“ Das ist zynische Augenwischerei. Die *New York Times* (5. Juni) berichtete unverblümt:

„Die Kosovo-Befreiungsarmee zum Beispiel zeigte sich als wichtiges Element der NATO-Strategie. Die Serben frustrierten ursprünglich die NATO, weil sie sich versteckten, sich duckten und versuchten, den Luftkrieg zu überstehen...

Aber um gegen die Guerillas vorzugehen, mußten die Serben sich im Freien sammeln, und das machte sie verwundbar gegenüber Luftangriffen des Bündnisses. In den letzten Wochen haben serbische Kräfte nahe der Grenze zwischen Albanien und Kosovo schwere Schläge hinnehmen müssen.“

Seit Beginn des Krieges rief die UCK wiederholt nach dem Einmarsch von NATO-Bodentruppen und *prahlte* damit, wie sie Ziele für die NATO-Bomber auskundschaftete und den Imperialisten auch auf andere Weise half. Folgendes, um nur ein Beispiel zu geben, erzählte ein UCK-Kommandeur der Pariser Tageszeitung *Le Monde* (9. April): „Die UCK gibt der NATO Informationen über Ziele! Am Dienstag schickte ich Informationen über eine Brücke und eine Straße, die von den Serben benutzt werden. Mittwoch morgen wurde die Brücke bombardiert und zerstört.“ Der UCK-Führer Hashim Thaci, gefragt von *Le Monde* (29. Mai), welche Art von Regierung er sich im Kosovo nach einem NATO-Sieg vorstelle, sprach vage von „freien Wahlen“ und meinte zum Schluß: „Und warum provisorisch nicht ein Protektorat?“ Es kann gut sein, daß sich die Frage der militärischen Verteidigung der Kosovo-Separatisten gegen US/NATO-Kräfte stellt, falls es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, wenn die imperialistischen Besatzungstruppen darangehen, die UCK zu entwaffnen. Aber im

US/NATO-Krieg gegen Serbien war die UCK genau das, was wir sagten: ein Handlanger der NATO. WP/GAM, die hinter ihren jeweiligen Labour- und SPD-Regierungen herliefen, gehörten wiederum zu den lautstärksten Befürwortern der NATO-Marionette UCK.

Ähnlich kapitulierte Alain Krivines Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), französische Sektion des Vereinigten Sekretariats, vor der Volksfront-Regierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin, die versuchte die US-Dominanz in einer Kosovo-Besatzungsmacht zu unterminieren. So propagierte die LCR die UNO oder die europäisch-dominierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als eine Alternative zur NATO. *Avanti* (Mai 1999), die Zeitung ihrer Schwesterorganisation RSB, druckte einen von LCR-Führer Daniel Bensaïd unterzeichneten „Appell gegen den Krieg“ vom 31. März ab, der erklärte:

„Die NATO war weder die einzige noch die beste Stütze für das Zustandekommen eines Abkommens. Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine multinationale Polizeieinheit (vor allem zusammengesetzt aus Serben und Albanern) herstellen können, um ein Übergangsabkommen umzusetzen.“

Das war ein offener Aufruf zur imperialistischen Intervention im Kosovo – in einer Form, die mehr den spezifischen Interessen des französischen Imperialismus entsprach. Der RSB reiht sich dabei mit der Forderung „BRD raus aus der NATO! Auflösung der NATO!“ in die von Schröder/Chirac in Toulouse aus der Taufe gehobene anti-amerikanische Allianz der europäischen Imperialisten ein.

Der ideologische Kniefall der Pseudolinken vor ihren kapitalistischen Herrschern im Fall Kosovo spiegelt ihre jahrelange Unterstützung für den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ wider. Während des antisowjetischen Kalten Kriegs der 80er Jahre unterstützten WP/GAM et al. eifrig konterrevolutionäre Kräfte in der Sowjetunion und in Osteuropa, von der polnischen Solidarność Anfang der 80er Jahre bis zu Boris Jelzins proimperialistischen „Demokraten“ 1991. So leisteten sie im Rahmen ihrer eigenen kleinen Möglichkeiten einen politischen Beitrag zur nachsowjetischen Welt des nationalistischen Brudermords und des wachsenden imperialistischen Terrors.

Die pseudoradikale „Anti-NATO“-Haltung der europäischen Linken reflektiert tatsächlich den verstärkten *Nationalismus*, den ihre jeweiligen Bourgeoisien vorantreiben als ideologische Begleitung zur verschärften ökonomischen Konkurrenz. Nachdem diese „Sozialisten“ ihr Äußerstes getan haben, um das Proletariat ihrer jeweiligen Länder davon zu überzeugen, daß kapitalistische „Demokratie“ dem „stalinistischen Totalitarismus“ überlegen sei, (und so die Arbeiter an ihre Klassenfeinde gekettet haben) und nachdem sie nicht einmal mehr vorgeben, für Arbeiterrevolution zu sein, schauen sie jetzt auf den Imperialismus als den Garanten von „demokratischen Rechten“.

Der Balkan als Schauplatz imperialistischer Intrigen

Opportunismus definiert sich national. Während in Britannien die Gruppe Workers Power im Schlepptau von Blairs NATO-loyaler Labour Party hängt, reflektiert auf der anderen Seite des Kanals die Unterstützung der europäischen Zentristen für eine UNO/OSZE-Besatzungsmacht wachsenden anti-amerikanischen Nationalismus. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt ist die äußerste Unterwürfigkeit gegenüber dem Imperialismus in dieser regionalen Aggression, was auf eine größere Kapitulation hindeutet beim unvermeidlichen Ausbruch eines neuen Krieges zwischen den Imperialisten – der mit Sicherheit kommen wird, wenn

das Proletariat nicht vorher die Macht ergreift. Indem diese Zentristen *gegen* eine proletarische revolutionäre Perspektive handeln, tragen sie dazu bei, die Möglichkeit ausgedehnter Kriege zu vergrößern.

Hinter der Feindseligkeit der USA gegenüber Miloševićs Serbien und hinter diesem Krieg stand für Washington die Notwendigkeit, nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 einen neuen Zweck für die NATO zu finden, die als anti-sowjetisches Bündnis eingerichtet worden war. In einem Artikel in *New Left Review* (Juli/August 1996) schrieben James Petras und Steve Vieux:

„Der Zerfall der jugoslawischen Konföderation und das anschließende Entstehen sich bekriegender ethnischer Mini-Staaten bildeten den Hintergrund für die Neubelebung der NATO und das Wiederauftauchen der Hegemonie der USA in Europa. Auf Kosten Zehntausender Leichen blockierten die USA europäische Friedensinitiativen, um ihre politische ‚Führung‘ auf dem Kontinent via NATO abzusichern.“

Nachdem Deutschland 1991 die Anerkennung eines unabhängigen Sloweniens und Kroatiens durchgedrückt hatte, unternahm es durch den Vertrag von Maastricht Schritte zu einem verstärkten politischen Block mit Frankreich und lancierte die Idee, eine gemeinsame Militärmacht außerhalb des NATO-Rahmens aufzubauen, das sogenannte „Euro-Korps“. Einem Artikel von Peter Gowan in *New Left Review* (März/April 1999) zufolge läßt sich die letzte Verschiebung in der Politik der USA wieder erklären durch Washingtons Großmachtinteressen gegenüber seinen europäischen NATO-Partnern:

„Ein militärischer Angriff auf Jugoslawien durch das gesamte NATO-Bündnis hätte natürlich enorme gesamt-europäische politische Konsequenzen, die für die Staatsinteressen aller Großmächte weit wichtiger wären als das Schicksal der Kosovo-Albaner. Ein Erfolg würde die Führerschaft der USA in Europa entscheidend konsolidieren. Ein Erfolg außerhalb des Rahmens einer Zustimmung durch den UN-Sicherheitsrat würde sicherstellen, daß keine kollektive Sicherheit in Europa durch die UN-Hintertür eines russischen Vetos zustandekommt. Und er würde die Einheit des Bündnisses besiegeln vor einem Hintergrund, wo die Einführung des Euro – ein Ereignis von potentiell weltweiter *politischer* Bedeutung – dieses Bündnis auseinanderreißen könnte.“

Es ist auffallend, wie stark der Wert des Euro seit Kriegsbeginn gesunken ist. Der Krieg hat alles andere als die Einheit der NATO besiegelt, sondern hat nur die auseinanderlaufenden Interessen der imperialistischen Mächte grell beleuchtet, und nach dem Ende des Krieges werden sie noch mehr im Vordergrund stehen. Während Deutschland und Frankreich darum wetteiferten, die US-Dominanz über die Besatzungsmacht im Kosovo zu unterminieren, brachen Griechenland und Italien offen aus der gemeinsamen Front aus und forderten, die Bombardierungen auszusetzen. Und hinter diesen Differenzen steckten einander widersprechende Wirtschaftsinteressen. Der Londoner *Economist* (8. Mai)



Akademie-Verlag

Belgrad, Oktober 1944: Titos Partisanen besiegten die Nazi-Wehrmacht

warte in einem Kommentar über eine Reihe kürzlicher Handelsstreitigkeiten: „Die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und Europa sind selten so schlecht gewesen.“ Die Kosten des Krieges machten sich in der ohnehin schon flauen Wirtschaft der europäischen Länder stark bemerkbar – es kamen Ängste hoch, ein Sturz in eine Rezession könne folgen. Jetzt hat Clinton Westeuropa die gesamte Rechnung aufgelastet für den Wiederaufbau der Gebiete, die durch die Bombardierungen zerstört wurden. Gleichzeitig sind auch historische Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich wieder an die Oberfläche gekommen. In Frankreich ist in der letzten Zeit ein ganzer Stapel von Büchern veröffentlicht worden mit Titeln wie *Beunruhigt über Deutschland* und sogar *Der kommende Krieg mit Deutschland*.

Zu den Spannungen unter den imperialistischen Mächten kamen noch tiefe Differenzen auf ihrem jeweiligen

Fortgesetzt auf Seite 16

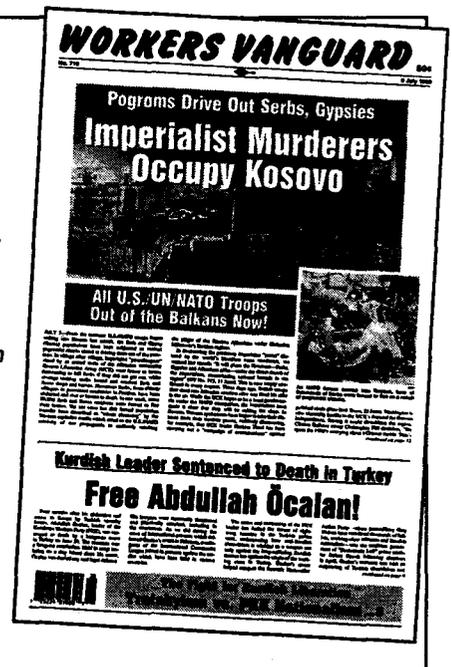
Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Women and Revolution

**Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-**

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60





Staton R. Winter/dpa

Nach dem Einmarsch der NATO-Truppen flüchteten Zehntausende Serben und Roma vor Pogromen im Kosovo

Balkan...

Fortsetzung von Seite 15

heimatlichen politischen Terrain. In Deutschland spalteten sich beinahe die Grünen, Koalitionspartner des sozialdemokratischen Kanzlers Schröder, über die Frage der Bombardierung, was die weitere Existenz der Regierung bedrohte. Diese kleinbürgerlichen Yuppie-Ökoradikalen und einstigen „Pazifisten“, mit dem Grünen-Führer Joschka Fischer als Außenminister in Schröders Regierung, spielten eine Schlüsselrolle in dem ersten Krieg, den die deutsche Bourgeoisie seit 1945 geführt hat. Tatsächlich war das einfach die Logik ihrer früheren Opposition gegen die NATO vom Standpunkt des wiederaufsteigenden deutschen Nationalismus aus. Risse taten sich sogar innerhalb von Schröders Partei auf, als Lafontaine wegen Deutschlands Unterordnung unter die US-geführte NATO aus dem Kabinett austrat. In Frankreich stellten sich die Koalitionspartner des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin, die Kommunistische Partei und die bürgerliche Bürgerrechtsbewegung, offen gegen die Bombardierung.

Seit dem Ende der Bombardierung Serbiens kann man die potentiellen Umriss einer künftigen gegen die USA gerichteten Verbindung sehen, wo sich vielleicht Deutschland, Rußland und China zusammentun. Sicherlich ist es Washington nicht entgangen, daß generell ein russischer Diplomat, wenn er von Verhandlungen mit Milosevic zurückkam, bei seinem ersten Stopp der deutschen Regierung Bericht erstattete. Inzwischen sind das kapitalistische Rußland und der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat China als Reaktion auf die NATO-Angriffe gegen Serbien enger zusammengedrückt als jemals seit der sino-sowjetischen Spaltung in den 60er Jahren. Eine Schlagzeile im *Current Digest of the Post-Soviet Press* (9. Juni) erklärte: „Die Zeit ist reif für Rußland und China, gemeinsame Sache zu machen.“ Und ein Artikel im *Far Eastern Economic Review* (17. Juni) stellte fest, daß „China den NATO-Feldzug als Teil eines US-Plans zur Weltherrschaft sieht“, und ein Begleitartikel berichtete, daß „Chinas langjährige Politik, keine militärischen Bündnisse einzugehen, neu überdacht wird“.

China, das sich bereits über die wachsende amerikanische

Kriegslust ärgerte, sah in dem NATO-Krieg gegen Serbien einen guten Grund zur Angst vor einer Militärintervention der USA in Fernost. Solche Ängste wurden noch verstärkt, als die USA die chinesische Botschaft in Belgrad bombardierten. Trotz dieser kisten treten für die bedingungslose militärische Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates China gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution ein. Allerdings steuert das Beijing-Regime heute direkt darauf zu, die noch verbliebenen Errungenschaften der Revolution von 1949 durch die Restauration des Kapitalismus zu zerstören. Wir kämpfen für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu stürzen und ein Regime zu errichten, das auf Sowjetdemokratie und proletarischem Internationalismus basiert.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

In Deutschland und besonders im Süden Europas gab es massive Opposition in der Bevölkerung gegen die NATO-Bombardierung Serbiens. Ganz Griechenland wurde von einer Welle von Demonstrationen gegen den Krieg erfaßt. Und in Italien ließ die Arbeiterklasse in einer Reihe von Streiks und Protesten gegen den Krieg ihre soziale Macht aufblitzen. Am 13. Mai schlossen sich mehr als eine Million Arbeiter aus dem Transportwesen, dem öffentlichen Dienst und der Industrie einem eintägigen politischen Streik an, der von den COBAS-Gewerkschaftskomitees initiiert worden war unter der Losung: „Kein Menschenleben und keine Lira für diesen Krieg!“ Die Volksfrontregierung unter Ministerpräsident Massimo D'Alema von der Partei der Demokratischen Linken reagierte damit, daß sie die Ermordung eines Staatsbeamten benutzte, um eine Hetze speziell gegen die COBAS zu entfachen.

Dringend notwendig ist eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei, die den Kampf gegen den imperialistischen Krieg mit dem proletarischen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung verbindet und in die Arbeiterklasse das Bewußtsein hineinträgt, daß sie die Staatsmacht ergreifen und die Bourgeoisie enteignen muß. Trotzki schrieb in „Krieg und die Vierte Internationale“ (1934) über die imperialistische Epoche:

„Die katastrophale Handels-, Industrie-, Agrar- und Finanzkrise, die Sprengung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, der Verfall der Produktivkräfte der Menschheit, die unerträgliche Zuspitzung der Klassen- wie der internationalen Gegensätze kennzeichnen den Niedergang des Kapitalismus und bestätigen voll auf die leninsche Charakteristik unserer Epoche als der Epoche der *Kriege und Revolutionen*.“

Er erklärte am Schluß: „*Kampf gegen den Krieg bedeutet heute Kampf um die Vierte Internationale!*“

Der Sieg der Imperialisten gegen das winzige Serbien – der dazu dient, die Interessen der stinkreichen Kapitalisten zu verteidigen – wird nur die Fähigkeit der herrschenden Klassen stärken, die Welt auszuplündern. Die raubgierigen imperialistischen Herrscher müssen durch eine Arbeiterrevolution weggefegt werden. Die Spartakist-Arbeiterpartei ist der Aufgabe verpflichtet, die multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die notwendig ist, um diesen Kampf zum Sieg zu führen. ■

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 24

barbarischen und mörderischen Behandlung, die die Kurden jeden Tag durch die türkischen Herrscher erfahren – mit beharrlicher Unterstützung durch den deutschen und den amerikanischen Imperialismus!

Nach der Verschleppung Öcalans kam es zu Massenverhaftungen von Kurden in den Städten der Westtürkei. Seine Verhaftung entfachte Straßenkämpfe in Diyarbakir und im Elendsviertel Gazi Mahallesi von Istanbul, wo sich kurdische Demonstranten gegen Bullenangriffe zur Wehr setzten. In ganz Europa und weltweit demonstrierten Zehntausende von Kurden und besetzten Botschaften, um gegen Öcalans Verschleppung zu protestieren. In Hamburg wurde die SPD-Hauptgeschäftsstelle besetzt. In Berlin wurden am 17. Februar Ahmet Acar, Sema Alp und Mustafa Kurt von israelischen Sicherheitsbeamten erschossen, die das Feuer gegen kurdische Demonstranten vor dem israelischen Konsulat eröffneten. 16 weitere Demonstranten wurden verletzt, von denen Sinan Karakus zehn Tage später starb.

Um gegen die Kurden hart durchzugreifen, verhängte der Berliner SPD/CDU-Senat den Ausnahmezustand und verbot alle Demonstrationen, die mit der „Kurdenfrage“ in Zusammenhang standen. Die Bullen nahmen mehr als tausend Kurden fest, weitere Hunderte wurden zusammengeschlagen. In der Hoffnung, die kurdische Minderheit einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen, drohten SPD-Kanzler Schröder und sein Innenminister Otto Schily, die „ganze Härte des Gesetzes“ anzuwenden, um die Kurden in die türkischen Folterkeller zu deportieren. Seit 1993 hat die SPD das Verbot der PKK voll unterstützt, wobei sie die PKK und andere kurdische Organisationen als „terroristisch“ abstempelt.

Von Britannien und Frankreich bis Kanada und Australien hat die Internationale Kommunistische Liga gemeinsam mit kurdischen Demonstranten Öcalans Freiheit gefordert. Die Spartakist-Arbeiterpartei protestierte zusammen mit kurdischen Demonstranten in Deutschland und verteilte eine Erklärung auf türkisch, deutsch, italienisch, französisch und englisch, die hervorhob: „Der deutsche Imperialismus ist zusammen mit dem US-Imperialismus Pate des türkischen Vernichtungskriegs gegen die Kurden, liefert die Waffen und bildet die Todesschwadronen aus.“ Die Erklärung forderte: „Weg mit den Anklagen! Sofortige Freilassung der kurdischen Gefangenen! Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Verbot der PKK und der kurdischen Vereine!“

NATO-Mitglied Türkei: Völkergefängnis

Die Explosivität nationalistischer Feindseligkeiten im Nahen und Mittleren Osten ist das direkte Resultat imperialistischer Mächenschaften. Als die britischen und französischen Imperialisten nach dem Ersten Weltkrieg das Osmanische Reich zerstückelten, teilten sie das Siedlungsgebiet der Kurden unter vier bürgerlichen Staaten auf: Türkei, Irak, Iran und Syrien. Selbst ein weitgehend zusammengestutzter kurdischer Staat, wie er 1920 im Vertrag von Sèvres vorgesehen wor-

den war, wurde drei Jahre später im Vertrag von Lausanne für nichtig erklärt; darin wurde die moderne Türkei festgelegt und verfügt, daß alle Menschen im Land Türken seien, bis auf diejenigen, die einer der landlosen religiösen Minderheiten angehören (Armenier, Griechen oder sephardische Juden).

Bald nach seiner Gründung durch Mustafa Kemal (Atatürk) suchte der türkische Staat die nationale Identität der Kurden zu zerstören. Im März 1924 wurde verboten, in kurdischer Sprache zu sprechen und zu publizieren, und die Verfassung kodifizierte die kemalistische Doktrin, daß die Türkei rein türkisch sei. Schließlich wurden Kurden zwangsweise in „Bergtürken“ umbenannt. Anfang der 60er Jahre erließen die türkischen Herrscher ein Gesetz, daß kurdische Ortsnamen in türkische umgewandelt werden sollten, und verkündeten, daß eine kurdische Nation nicht existiere. Als im Mai 1961 in Mardin, Diyarbakir und anderen Städten größere Demonstrationen losgingen, aus Protest gegen den Großangriff auf die Rechte der Kurden, erschoss der Staat über 300 Demonstranten.

Diese Politik setzte sich in den 80er und 90er Jahren unvermindert fort. Im Dezember 1982 verfügte der Minister für Erziehung, daß Volkslieder in Ost- und Südostanatolien nur in türkischer Sprache gesungen werden durften, da sie subversiven Zwecken dienen könnten. Im Oktober 1983 verbot das Gesetz 2932 den Gebrauch der kurdischen Sprache überhaupt. David McDowall stellt in seinem Buch *A Modern History of the Kurds* [Eine moderne Geschichte der Kurden] (1997) fest: „Schon das Wort ‚kurdisch‘ war ein solches Schreckgespenst, daß das Gesetz eine Ausdrucksweise fand, um sein Verbot klar zu machen, ohne das anstößige Wort zu erwähnen.“ Kurdische Namen, die mit der „nationalen Kultur, Moral und Tradition“ unvereinbar seien und „die Öffentlichkeit beleidigen“, wurden verboten. Bis Mitte der 80er Jahre wurden fast 3000 Dörfer in den kurdischen Provinzen Adiyaman, Gaziantep, Urfa, Mardin, Siirt und Diyarbakir umbenannt.

Die staatliche Unterdrückung nahm gigantische Ausmaße an. Zwischen September 1980 und September 1982 wurden mindestens 81000 Kurden in türkischen Kerkern eingesperrt. Währenddessen verlegte die Armee zwei Drittel ihrer Truppen nach Kurdistan und erhöhte die Zahl der

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

Hamburg, 20. Februar: Tausende Kurden bei Protest gegen drohende Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal. PKK-Banner „UNO und EU müssen sich für das Leben Öcalans einsetzen“ schürt tödliche Illusionen in Imperialisten

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 17

Soldaten bis Anfang 1990 auf 200 000. Mit allen Mitteln darauf aus, die kurdische Nation zu vernichten, zerstörte die türkische Armee Tausende kurdischer Dörfer, was massenhafte Zwangsvertreibungen und die Ermordung Zehntausender Menschen bedeutete. Mit 25 bis 30 Millionen Menschen sind die Kurden eines der größten Völker der Welt ohne eigenen Staat. Die kurdischen Massen im Südosten der Türkei, die sich hauptsächlich aus schrecklich unterdrückten Bauern und landlosen Pächtern zusammensetzen, waren von Alters her unter dem Joch der kurdischen Agas (Landadel), des sunnitischen Klerus und des blutrünstigen türkischen Militärs. Die kurdische Gesellschaft selbst ist in hohem Maße klassendifferenziert: Anfang der 90er Jahre besaßen 8 Prozent der Bauernfamilien über 50 Prozent des Landes, während 38 Prozent ohne Land waren.

Einer der Gründe für die Terrorherrschaft des türkischen Regimes in Ostanatolien ist die Verstärkung der ökonomischen Ungleichheit zwischen Türken und Kurden. Das Pro-Kopf-Einkommen in den südöstlichen kurdischen Gebieten betrug Anfang der 90er Jahre 42 Prozent des Landesdurchschnitts und ein Viertel im Vergleich zur Ägäis/Marmara-Region. Das Analphabetentum in vielen kurdischen Provinzen beträgt über 50 Prozent im Vergleich zum Landesdurchschnitt von 23 Prozent, da der Unterricht auf türkisch abgehalten wird, für die meisten Kurden auf dem Land eine Fremdsprache.

Hinter der unaufhörlichen nationalen Unterdrückung, der die Kurden ausgesetzt sind, steht der Drang der bürgerlichen Herrscher im Nahen Osten, national homogene Staaten dadurch zu schaffen, daß sie die Kurden ihrer nationalen Einheit berauben. Schon die Anerkennung einer kurdischen Identität bedroht die Stabilität der bürgerlichen Regime in der Region. Aus diesem Grunde ist es undenkbar, daß das kurdische Volk nationale Selbstbestimmung im Rahmen des kapitalistischen Systems der Nationalstaaten erlangen kann.

Als Marxisten, die offen die Gleichheit der Nationen verteidigen und jegliche Manifestation von Nationalismus und Chauvinismus bekämpfen, betonen wir, daß die Rechte des kurdischen Volkes nur durch proletarische sozialistische Revolutionen auf Dauer erkämpft werden können, durch die die kapitalistischen Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien, die die Kurden unterdrücken, zertrümmert werden. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, leninistisch-trozkistische Parteien aufzubauen, die die Werktätigen verschiedener nationaler und ethnischer Herkunft vereinigen. Diese Parteien werden die Forderung nach einer *Sozialistischen Republik Vereinigtes Kurdistan* als Teil einer *Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens* auf ihr Banner schreiben.

Diese Perspektive ist ein konkreter Ausdruck von Leo Trotzki's Programm der permanenten Revolution, der einzige Weg zur Emanzipation der Massen von vorkapitalistischer Sklaverei und kapitalistischer Ausbeutung in der halbkolonialen Welt. In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, die im Westen schon lange erledigt wurden, nicht durch die lokalen Bourgeoisien gelöst werden, die völlig vom Imperialismus abhängig sind und fürchten, daß jegliche auf sozialen Fortschritt gerichtete Bestrebung die Arbeiter dazu ermutigen könnte, sie zu stürzen. In diesen Ländern können die ungelösten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution – wie Agrarrevolution, Rechte der Frauen und nationale Befreiung – nur durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden, das die bäuerlichen Massen führt. Um zu überleben und sich entwickeln zu können, müssen sozialistische Revo-

lutionen in den rückständigen Ländern auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten des Westens und Japan ausgeweitet werden, deren wirtschaftliche, technologische und wissenschaftliche Fertigkeiten unerlässlich sind, um die „Dritte Welt“ auf das ökonomische Niveau der „Ersten“ emporzuheben.

PKK-Nationalismus: Sackgasse für Kurden

Die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes ist unabdingbare Pflicht für subjektive Kommunisten in der Türkei. Die türkische Arbeiterklasse muß für eine Perspektive gewonnen werden, die nationalen Rechte der Kurden zu wahren, die PKK und andere kurdische Organisationen gegen den Staatsterror zu verteidigen und für das volle und gleiche Recht auf die kurdische Sprache einzutreten. Nur im Kampf gegen jeden Ausdruck von türkischem Chauvinismus und nationaler Unterdrückung kann der Weg freigemacht werden für den gemeinsamen Kampf der türkischen und kurdischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen kapitalistischen Unterdrücker.

Wie Lenin betonte, müssen Kommunisten in einem Unterdrückerland besonders gegen den Chauvinismus ihrer „eigenen“ Bourgeoisie Widerstand leisten, während Kommunisten im unterdrückten Land besonders den kleinbürgerlichen Nationalismus bekämpfen müssen, wenn sie die Arbeiter beider Nationen im Kampf vereinen wollen:

„Leute, die sich nicht in diese Frage hineingedacht haben, finden es ‚widerspruchsvoll‘, wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen auf der ‚Freiheit der *Lostrennung*‘ beharren, die Sozialdemokraten der unterdrückten Nation dagegen auf der ‚Freiheit der *Vereinigung*‘. Etwas Überlegung zeigt jedoch, daß es einen *anderen* Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen *anderen Weg aus der gegebenen Lage* zu diesem Ziel nicht gibt und nicht geben kann.“ („Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, Juli 1916)

So verteidigen Kommunisten das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung, widersetzen sich aber entschieden dem kleinbürgerlich-nationalistischen Programm der PKK. Entstanden als Reaktion auf die allseitige Unterdrückung der Kurden, wurde die PKK Mitte der 70er Jahre von Öcalan (mit dem Kosenamen „Apo“ oder „Onkel“) gegründet. Die Bewegung, die 1978 den Namen PKK annahm, beanspruchte für sich den „Marxismus-Leninismus“, was Öcalans städtische Wurzeln als Student in Ankara widerspiegelt. Dort war er ein Unterstützer der linksgerichteten Jugendgruppe Devrimci Genc, zu einer Zeit, als der Maoismus bei radikalisierten Jugendlichen populär war.

Trotz ihrer „marxistisch-leninistischen“ Rhetorik hatte die PKK nie etwas mit wirklichem Marxismus zu tun. Öcalan lehnte den Kampf für eine revolutionäre leninistische Partei auf der Grundlage des wachsenden türkischen und kurdischen Proletariats ab und schloß sich, wie viele türkische und kurdische Linke, Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre, der Guerillastrategie für die „Dritte Welt“ an. Abgestoßen von der niederträchtigen chauvinistischen Weigerung der türkischen Linken, für die Sache der kurdischen Befreiung einzutreten, zogen sich Öcalan und seine Unterstützer aufs Land zurück und wandten sich von den Arbeitern in Istanbul, Ankara, Sivas und Adana ab. Dies war in zweifacher Hinsicht kriminell, denn die PKK fand im Unterschied zu anderen kurdischen Gruppen ihre Unterstützung bei proletarischen Elementen, denen die Klassenherrschaft der kurdischen Agas und Händler verhaßt war.

Obwohl ihre Unterstützer die feudale und Großgrundbesitzerhierarchie des kurdischen Dorfes verabscheuen, hat sich die PKK selbst einer ausgesprochen klan-orientierten

Politik verschrieben, wobei sie im anatolischen Hinterland Familien und Dörfer gegeneinander ausspielt. McDowall schreibt: „Statt die Aga-Klasse als ganze anzugreifen, operierte die PKK mit feinem Kalkül, nutzte Blutfehden aus, wo sie schon existierten, und half neue zu entfachen, wo es keine gab.“ Ein enger Gefährte Öcalans erklärte, daß immer, wenn die PKK eine Person aus einer Familie oder einem Stamm rekrutiert hatte, „sich die ganze Familie oder der gesamte Stamm auf unsere Seite schlug“.

Zweifellos hat die kleinbürgerlich-nationalistische PKK einen heldenhaften militärischen Kampf gegen die weit besser ausgerüstete türkische Armee geführt und so Massenunterstützung unter der kurdischen Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan, den städtischen Zentren der Westtürkei und der Diaspora in Westeuropa und anderen Ländern erlangt. Dennoch benutzt die PKK den Guerillakrieg nur, um sich den Weg zum Verhandlungstisch freizukämpfen, wo sie der türkischen Bourgeoisie Zugeständnisse abzurufen hofft. Gleichzeitig sucht sie auf die westlichen Imperialisten Druck auszuüben, damit diese wiederum auf ihr türkisches NATO-Mitglied Druck ausüben.

Die PKK-Strategie liegt ganz auf der Linie anderer kleinbürgerlich-nationalistischer Bewegungen wie der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Da die nationalistische Perspektive dieser Bewegungen ausdrücklich nicht mit einem Kampf für die proletarische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern verbunden ist, schielen sie notwendigerweise nach der Gunst des westlichen Imperialismus – mit katastrophalen Folgen für die unterdrückten Massen. Heute hat sich Jassir Arafats PLO im Gefolge des unter US-Vermittlung ausgehandelten „Friedens“-Abkommens als Polizeihilfstruppe an die rassistischen Zionisten in Israel verkauft. In Südafrika steht der inzwischen bürgerlich-nationalistische ANC an der Spitze eines Neopartheid-Systems, wo die schwarzen Massen genauso durch die Randlords ausgebeutet und unterdrückt sind, wie sie es unter weißer rassistischer Herrschaft waren. Sollte die PKK mit den türkischen Spießgesellen ein Übereinkommen treffen, würde sie ihre neu gefundene Position dazu benutzen, ihr eigenes Volk auszubeuten und als kurdischer Gendarm für den türkischen Staat dienen. In seiner Rede vor dem türkischen Gericht zeigte Öcalan eine solche Perspektive auf, was von der PKK unterstützt wurde.

Während des Kalten Krieges, als die Sowjetunion einer feindlichen Einkreisung durch die imperialistischen Mächte ausgesetzt war, wurden häufig kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte wie die PLO und der ANC politisch und militärisch von Moskau unterstützt, was ihnen etwas Handlungsspielraum verschaffte. Was die PKK betrifft, so erfreute sie sich bescheidener militärischer Unterstützung durch das sowjetfreundliche Syrien, wo Öcalan Zuflucht fand und Guerillastützpunkte der PKK aufbaute. Doch nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 hingen die kleinbürgerlichen Nationalisten in der Luft. Die PLO reagierte darauf, indem sie sich immer offener darauf verließ, daß Washington ein „Friedens“-abkommen vermittelt, welches die Leiden des palästinensischen Volkes kein bißchen gemindert hat. Ohne sowjetische Rücken- deckung gab Syrien dem Druck der Türkei nach, die dem arabischen Nachbarn damit drohte, einzumarschieren, falls er dem PKK-Führer und seinen Guerillaeinheiten weiterhin



Reuter

Zonguldak 1991: Beim Streik von 48 000 türkischen und kurdischen Bergarbeitern wurde die Forderung nach dem Recht auf die kurdische Sprache aufgegriffen. Bild von Atatürk zeigt zugleich Illusionen in „fortschrittlichen“ Kapitalismus. Nur proletarische Revolution ist der Weg zur Befreiung aller Kurden, Frauen und Unterdrückten

Zuflucht gewährt. Letztes Jahr kapitulierte Syrien vor dieser Provokation, und Öcalan wurde gezwungen, das Land zu verlassen.

All das hat die PKK dazu veranlaßt, ihre Annäherungsversuche gegenüber den Erzfeinden der kurdischen Befreiung zu intensivieren: den westlichen Imperialisten und dem türkischen Staat. So biederte sich die PKK den europäischen Bourgeoisien an und erklärte letztes Jahr, „zur Lösung der kurdischen Frage könne die PKK entweder in den Bergen bleiben und weiterkämpfen, oder einen Appell an Europa richten“ (*Kurdistan-Rundbrief*, 2. Dezember 1998). Und die PKK bot die Kurden als Spielball an für die Rivalitäten zwischen der Europäischen Union (EU) und dem US-Imperialismus: „Das Fehlen einer politischen Haltung zur kurdischen Frage auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten ... hat wie die Regungslosigkeit im Jugoslawien-Problem auch dieses Mal wieder den Anlaß dafür geliefert, daß die USA einen Schwerpunkt gesetzt haben“ (*Kurdistan-Rundbrief*, 10. Februar).

Bei seinen Appellen an die USA war Öcalan genauso schamlos. In einem Bericht, der am 15. Oktober 1998 von der kurdischen Fernsehstation Med-TV ausgestrahlt wurde, beschwor er Washington: „Angenommen, es läge in Ihrer alleinigen Macht, würden Sie dann den Kurden ein Recht auf Frieden zusichern? Würden Sie ihnen ein paar demokratische Rechte zugestehen? Es gibt hier einen Partner für Sie, ich gebe Ihnen mein Wort. Bereiten Sie eine politische Lösung vor, ich werde keine Vorbedingungen stellen.“ Mit diesem feigen Kniefall vor den Großmächten tritt die PKK in die Fußstapfen der großen, aristokratischen Barzani- und Talabani-Klans in Irakisch-Kurdistan, die schon immer ihre Dienste an ein wechselndes Spektrum regionaler Mächte und westlicher Imperialisten verkauft haben im Austausch für militärische und politische Unterstützung.

In unversöhnlicher Feindschaft gegenüber der Perspektive einer Vereinigung der kurdischen und türkischen Arbeiter gegen ihre gemeinsamen Klassenfeinde hat die PKK ihre Politik immer mehr dem reaktionären Klima der nach-sowjetischen Welt angepaßt und selbst ihre formale Forderung nach Unabhängigkeit Türkisch-Kurdistans durch die Forderung nach „Autonomie“ ersetzt. Sie bot sogar den mörderischen türkischen Herrschern ihre Hilfe an für deren

Fortgesetzt auf Seite 20

PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 19

Expansionsdrang zur Kontrolle über die turksprachigen Gebiete Zentralasiens und erklärte in der Ausgabe des *Kurdistan-Report* vom Januar/Februar 1998:

„Die Lösung in der Türkei ist eine regionale Lösung. Das sollte der Türkei allerdings keine Angst machen, heißt das doch, daß eine sichere Brücke zum Nahen Osten und Mittelasien bis zu den turkmenischen Ländern entstehen würde. Das erste Mal in ihrer Geschichte könnte die Türkei dank dieser kurdischen Brücke eine so starke Kraft erreichen.“

Mit zunehmender Deutlichkeit der Appelle an die Imperialisten und den türkischen Staat hat die PKK immer weniger Bedarf an „marxistisch-leninistischer“ Rhetorik und säkularem Gedankengut, wovon viele ihrer Mitglieder inspiriert sind. Zwar hat die PKK in ihren Veröffentlichungen die Unterdrückung der Frauen angeprangert und ist dafür bekannt, daß sie bewaffnete Frauen in ihre Guerillagruppen aufnimmt, aber ihre kleinbürgerliche Einstellung und ihre Geringschätzung der proletarischen Massen der Türkei führte sie zu einer Annäherung an die reaktionärsten Kräfte auf der politischen Landkarte der Türkei: Elemente des sunnitischen Klerus und die Wohlfahrtspartei (jetzt Tugendpartei genannt) von Necmettin Erbakan, eine islamische Massenorganisation.

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre gründete die PKK eine Gruppe, die von einem Geistlichen in Bitlis geführt wurde und mit der Partiya Islami Kurdistan und Islami Harekat (Islamische Bewegung) verbunden war. In letzter Zeit waren islamische Repräsentanten Mitglieder von Öcalans Exilparlament. Die PKK verbreitet die reaktionäre Lüge: „Die islamischen Bewegungen brauchen uns, und sie atmen durch unsere Kämpfe. Wir vergessen nicht, daß die Arbeiterpartei nach dem echten Islam strebt“ (*junge Welt*, 20. November 1995). In seinem Bericht in Med-TV stellte Öcalan der Tugendpartei die Frage: „Wo ist eure Treue zum Islam, wie könnt ihr euren Standpunkt, den Krieg unter allen Umständen zu unterstützen, islamisch nennen? Wo ist darin der Islam?“

Religion dient dazu, die Unterdrückten an die alte Ordnung zu ketten, indem sie sie mit Aberglauben und konservativer Moral durchdringt. Nirgendwo trifft dies mehr zu als in der islamischen Welt, wo der Koran und der reaktionäre Einfluß der Familie Hunderte Millionen, insbesondere Frauen, in einem Zustand der Isolation, Unwissenheit und fürchterlicher Unterjochung hält. Indem die PKK den reaktionären muslimischen Parteien der Türkei die Hände reicht,

signalisiert sie dem geistlichen Establishment, daß man bei der Festigung des Einflusses des Islams auf die kurdischen Massen, der in den rückständigen Gebieten Türkisch-Kurdistan bereits äußerst stark ist, auf sie setzen kann.

Konfrontiert mit dem Bankrott der Guerillastrategie der PKK und ihrer offenkundig reaktionären Politik, müssen sich kurdische Militante mit dem grundlegenden Gegensatz zwischen der kleinbürgerlichen Strategie der PKK und der marxistischen Perspektive auseinandersetzen, wonach nur die Arbeiterklasse – türkisch, kurdisch, arabisch, persisch und hebräischsprachig – die soziale Macht, Anzahl und Organisation besitzt, um alle bürgerlichen Staaten im Nahen und Mittleren Osten durch sozialistische Revolutionen zu stürzen. Dies ist der einzig gangbare Weg zur Befreiung der unterdrückten Kurden von den Ketten nationaler Unterdrückung und zur Sicherung ihres Rechts auf Selbstbestimmung. Das nationalistische Programm der PKK ist eine Sackgasse – nur die trotzkistische Strategie der permanenten Revolution ist dazu imstande, die kurdischen Massen zu befreien.

SPD: Bürgerliche Arbeiterpartei für Rassismus und Krieg

In Deutschland sind Zehntausende kurdische Arbeiter in den großen Gewerkschaften, zusammen mit ihren deutschen und türkischen Klassenbrüdern und -schwestern. Die türkischen und kurdischen Arbeiter in Europa können eine lebende Brücke sein, die den Kampf für kurdische Unabhängigkeit und sozialistische Revolution im Nahen Osten mit Arbeiterherrschaft im industrialisierten Westen verbindet. Deutsche und türkische Arbeiter müssen für die Verteidigung der Rechte kurdischer Organisationen eintreten. Dies ist besonders heute wichtig, wo der rassistische deutsche Staat seine Attacken gegen die PKK zu einer Offensive gegen alle Immigranten und die Arbeiterbewegung insgesamt benutzt. Doch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie sind Hindernisse bei der Mobilisierung des machtvollen Proletariats gegen rassistische Abschiebungen, faschistische Provokationen und aggressive Angriffe auf die Arbeiterklasse.

Seit der konterrevolutionären Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der Einverleibung des ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates durch das Vierte Reich Anfang der 90er Jahre haben die imperialistischen Rivalitäten stark zugenommen und die deutsche Bourgeoisie dazu veranlaßt, ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verschärfen, um besser mit ihren imperialistischen Gegenspielern konkurrieren zu können. Dabei hat die herrschende Klasse versucht, proletarische Kämpfe dadurch zu ersticken, daß sie die Arbeiter mit dem Gift des Chauvinismus und Rassismus infiziert. Mit dem Aufschrei „Das Boot ist voll“, dem rassistischen Schlachtruf, daß Deutschland zu viele „Ausländer“ habe, wollten die Herrscher das geistige Klima schaffen, in dem Flüchtlinge und andere Einwanderer ungehindert hinausgejagt werden können.

Millionen Arbeiter, die von fast 17 Jahren CDU-Regierung unter Helmut Kohl und den zunehmenden Agriffen auf die Arbeiterklasse die Nase voll hatten, wählten bei den letzten Bundestagswahlen die SPD und brachten die Sozialdemokraten erstmals seit 1982 wieder an die Macht. Der Bourgeoisie gehorchend, übernahm die SPD die Zügel im kapitalistischen Staat, um den mächtigen Gewerkschaften, deren bürokratische Irreführer die Arbeiter von der Verteidigung ihres Lebensstandards abhielten, die von den Herrschenden geforderten Kürzungen reinzuwürgen. Bei der Verwaltung des bürgerlichen Staates betreibt die SPD eine genauso reaktionäre, rassistische Politik wie die CDU. Die zügellose Repression, die kurdische Demonstranten auf den Straßen Berlins, Hamburgs



SPARTAKIST

SPARTAKIST

Für neue Oktoberrevolutionen!
II. Internationales Referat der I.K.L.

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
Seite 12

Über die Ursprünge und die Entwicklung sozialistischer Organisationspraktiken
Seite 20

Organisationsregeln und -richtlinien
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)
Seite 24

Über Agitation und Propaganda ... Seite 28

Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus ... Seite 32

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der I.K.L.

Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998

DM 4,- zuzüglich Porto
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

und Kölns zu spüren bekommen, ist nur ein Beispiel für den wirklichen Charakter der SPD-Regierung von Gerhard Schröder.

Als die Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten zahllose Arbeiter zum Tod in den Schützengräben trieben, waren sie unwiderfürlich auf die Seite des deutschen Imperialismus übergegangen. Seitdem haben sie sich der Aufgabe verschrieben, das Proletariat an seinen Klassenfeind zu ketten. 1992 bewies die SPD ein weiteres Mal ihre Loyalität gegenüber den Frankfurter Bankiers, indem sie für die Abschaffung des Rechts auf Asyl stimmte, was die Nazis dazu ermutigte, in Rostock ein wütendes Pogrom gegen Immigranten zu entfachen. In Hamburg und Schröders eigenem Bundesland Niedersachsen haben SPD-Regierungen aggressive Polizeirazzien gegen Afrikaner und andere Einwanderer durchgeführt. SPD und ihr grüner Koalitionspartner bombardierten das serbische Volk im größten militärischen Konflikt Europas seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei den Bundestagswahlen im letzten Jahr lehnten wir es ab, die SPD oder die PDS, die ehemaligen ostdeutschen Stalinisten, die die DDR 1990 an den deutschen Imperialismus ausverkauft und sich selbst in dreiste prokapitalistische Sozialdemokraten verwandelt haben, auf irgendeine Weise zu unterstützen. Wir erklärten: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!“ (Spartakist Nr. 133, Herbst 1998).

Was die PDS angeht, so verwalte sie Staatsterror gegen Einwanderer in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern und bahnt so den Nazis den Weg. Und sie verbreitet krassen Antiamerikanismus im Dienste des deutschen Imperialismus. Nachdem die PDS ihre Loyalität gegenüber der Bourgeoisie von Auschwitz dadurch unter Beweis gestellt hat, daß sie die Konterrevolution in der DDR führte, überschlägt sich die PDS jetzt dabei, den deutschen Imperialisten Ratschläge zu erteilen, wie man am besten die US-Rivalen ausmanövrieren kann. Der außenpolitische Sprecher der PDS, Wolfgang Gehrke, fordert, daß die europäisch dominierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine größere Rolle auf dem Balkan spielen soll, als Gegengewicht zur US-dominierten NATO, und er rät dem deutschen Außenminister Joschka Fischer, „unter den Rücken von Madam Albright hervor[zu]kriechen“ (junge Welt, 20./21. Februar). Die PDS berät den deutschen Imperialismus, wie er sich in den ölreichen Ländern des Nahen Ostens mit der Türkei als Sprungbrett einen Platz sichern könne, und fordert eine „Lösung“ der kurdischen Frage durch eine „europäische Friedensinitiative“ und den deutschen Imperialismus. So versucht die PDS, die Arbeiterklasse und ihren kurdischen Bestandteil, der brutal unterdrückt wird, ihrem Klassenfeind unterzuordnen.

In Übereinstimmung mit dem russischen revolutionären Führer W.I. Lenin charakterisieren wir SPD und PDS als „bürgerliche Arbeiterparteien“: Parteien, die sich auf die Gewerkschaften stützen – die Massenorganisationen des Proletariats –, aber eine Führung mit einem durch und durch bürgerlichen Programm haben. Wir führen einen Kampf, um die proletarische Basis dieser Parteien von der prokapitalistischen Führung abzuspalten, als Teil des Kampfes zur Schmiedung einer revolutionären Partei, die der Volkstribun aller Unterdrückten ist und sich dem Kampf für die sozialistische Revolution im industriellen Kraftzentrum Europas verschrieben hat. Für ein Arbeiterdeutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas! Kurdische und türkische Arbeiter – die weniger Illusionen in die Sozialdemokratie haben als das einheimische Proletariat, eine Folge des zügellosen, bösartigen Rassismus, dem sie täglich ausgesetzt sind – können eine entscheidende Rolle dabei spielen, die gesamte Arbeiterklasse von den prokapitalistischen

Parteien SPD und PDS zu brechen. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Perspektive der sozialistischen Revolution.

Pseudotrotzkisten: Feinde kurdischer Freiheit

Angesichts der unablässigen nationalen Unterdrückung des kurdischen Volkes in der Türkei und des bürgerlichen Staatsterrors in Deutschland muß sich jede Organisation, die den Anspruch erhebt, revolutionär zu sein, an ihrer Haltung zum internationalen proletarischen Klassenkampf, zum veräterischen Nationalismus der PKK und vor allem zur Rolle der sozialdemokratischen Handlanger der imperialistischen Bourgeoisie, die im Dienste des Kapitals die niederträchtigsten rassistischen Angriffe ausführen, messen lassen.

Der pseudotrotzkistische Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), der dem Vereinigten Sekretariat des verstorbenen Ernest Mandel angeschlossen ist, läuft seit langem der PKK hinterher und gehört zur enthusiastischen Anhängerschaft des kurdischen Nationalismus. Nach Öcalans Gefangennahme sang der RSB weiterhin Lobeshymnen auf die PKK und jubelte unkritisch: „Öcalans historisches Verdienst ist es, im nationalen Befreiungskampf der kurdischen Minderheit in der Türkei eine entscheidende Rolle gespielt zu haben“ (Avanti, März 1999).

In einem Brief an den Spartakist (Nr. 119, Juli/August 1995) gab sich ein RSB-Sprecher sehr viel Mühe, jeden politischen Schritt der PKK zu verteidigen, und behauptete, sie sei eine Arbeiterpartei, die „sozialistisch und internationalistisch“ ist. Er verteidigte den Aufruf der PKK zu einer „politischen und demokratischen Lösung“ in Kurdistan, er rechtfertigte „das Ausnutzen internationaler, auch imperialistisch dominierter Institutionen wie der UNO“, wobei er ganz sachte warnte, man dürfe sich nicht der „Logik“ dieser imperialistischen Institutionen unterwerfen. Doch gerade unter der Schirmherrschaft der UNO wurden militärische Abenteuer wie der Koreakrieg Anfang der 50er Jahre angezettelt, und infolge des von der UNO verhängten Embargos sind seit 1991 über eine Million Iraker umgekommen, darunter Hunderttausende Kinder. **Nieder mit der UN-Hungerblockade gegen den Irak!**

Während der RSB ein auf das Proletariat gestütztes Programm zur Vereinigung der türkischen und kurdischen Arbeiter im Kampf für sozialistische Revolution ablehnt, läßt er sich lang und breit über die befreiende Kraft aus, die *Fortgesetzt auf Seite 22*

SPARTAKİST EK 3

(in türkischer Sprache)

**Doğu Berlin'den
Taşkent'e Kadar:
Kapitalist Karşı-devrim
Kadını Ayaklar
Altına Alıyor**

Aşağıdaki makale ilk kez, (Dördüncü Enternasyonalist) Enternasyonal Komünist Ligası'nın Amerika seksiyonu olan Spartakist Ligası/ ABD'nin Kadın Komisyonu tarafından çıkarılan **Women and Revolution** (Kadın ve Devrim) dergisinin ilkbahar/ Yaz 1993 tarihli 42. sayısında yayınlanmıştır.

16 Sayfa, DM 1,-

İsteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



PKK-Nationalismus...

Fortsetzung von Seite 21

er ausgerechnet bei den erbittertsten Feinden der Kurden entdeckt: den westeuropäischen Imperialisten. In empörender Weise malt der RSB die EU in „progressiven“ Farben und behauptet, dieser imperialistische Wirtschaftsblock, Schauplatz rassistischen Terrors und wachsender faschistischer Angriffe, habe „eine Art Revolution von oben“ vollbracht, indem er einen europäischen Binnenmarkt schuf, der Unterdrückerstaaten zu „Zugeständnissen“ an ihre unterdrückten nationalen Minderheiten zwingen werde: „Je mehr Großbritannien oder der Spanische Staat Teil der EU werden, desto größer wird der Spielraum der Basken oder Nordiren“ (*Avanti*, März 1999).

Was die Kurden angeht, schreibt der RSB: „Es ist kaum anzunehmen, daß die Türkei ohne Zugeständnisse an die unterdrückte kurdische Minderheit mit ihrem Militärregime im besetzten Kurdistan der EU beitreten kann“! Der rassistischen „Festung Europa“ eine zivilisatorische Funktion zuzuschreiben ist nicht nur krassester Reformismus, es schlägt auch der Realität der nachsowjetischen imperialistischen Ordnung direkt ins Gesicht, die weltweit nationale Unterdrückung verschärft hat – von Nordirland, wo die Katholiken weiterhin unter den Stiefeln von britischer Armee, Royal Ulster Constabulary und protestantischen paramilitärischen Banden leben müssen, bis Israel, wo der zionistische Staat weiterhin die Palästinenser unterjocht, entrechtet und ermordet.

Zu der Hoffnung des RSB, die europäischen Imperialisten könnten sich auf die Seite der Kurden schlagen, paßt sein Glaube an ein progressives Potential der Bundeswehr. Getrieben von dem Wunsch, daß die bürgerliche Armee bessere Prioritäten setzt, schreibt der RSB (*Avanti*, Dezember 1997): „Die grünen ‚Menschenrechtler‘ fordern geradezu den Bundeswehreininsatz aus humanitären Gründen – natürlich nicht dort, wo es nur um Freiheit und Humanität geht wie bei den KurdInnen oder gegen den Genozid an den Tutsis, wohl aber dort, wo deutsche Machtinteressen damit gefördert werden wie in Bosnien.“

Im scharfen Gegensatz dazu haben Marxisten das Verständnis, daß Imperialismus nicht einfach eine „schlechte Politik“ ist, die durch Druck auf den Staat – das Exekutivorgan der Kapitalistenklasse – so verändert werden kann, daß sie im Interesse von „Freiheit“ und „Humanität“ funktioniert. Im Gegenteil zwingt die Jagd nach Profitmaximierung konkurrierende imperialistische Länder dazu, sich neue Märkte anzueignen, Konkurrenten hinauszudrängen, rivalisierende Handelsblöcke aufzubauen und letztendlich die Welt neu aufteilen zu wollen. Dies ist die Ursache der imperialistischen Weltkriege, die in diesem Jahrhundert schon zweimal Barbarei und Zerstörung über große Teile der Menschheit gebracht haben. Nur wenn das internationale Proletariat der Bourgeoisie die Staatsmacht entreißt, werden imperialistische Kriege für immer aus der Welt geschafft sein.

Ein anderer pseudotrotzkistischer Verein, der behauptet, auf der Seite des kurdischen Volkes und der PKK gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat zu stehen, ist die Gruppe Arbeitermacht (GAM), deutsche Schwesterorganisation der britischen Gruppe Workers Power. Als im Februar kurdische Demonstranten massenhaft durch die Bullen der SPD verhaftet wurden, jammerte die GAM: „Das Verhalten der Rot/Grünen Bundesregierung zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen der letzten Tage zeigt überdeutlich, wie wenig ihre Erklärungen zur Integration von Ausländern und zur Humanität wert sind“ („Freiheit für Öcalan!“, Flugblatt undatiert).

Was für ein Schwindel! Diese Zyniker „vergessen“ zu

erwähnen, daß sie die Wahl genau dieser Sozialdemokraten *unterstützt* und bei den letzten Wahlen zur Wahl „der SPD im Westen bzw. von SPD und PDS im Osten“ aufgefordert haben (*Arbeitermacht*, Mai/Juni 1998). Der RSB seinerseits hat die PDS dick unterstützt, die wiederum erklärt hatte, sie würde „bedingungslos“ SPD-Kanzler Schröder stützen. Die Unterstützung sowohl des RSB als auch der GAM für die Sozialdemokraten ist ein anschaulicher Beweis dafür, wie sie den Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet sind. Im Kalten Krieg der 80er und Anfang der 90er Jahre förderten diese Gruppen den sozialdemokratischen Antikommunismus, indem sie die konterrevolutionäre, klerikal-nationalistische Solidarność in Polen unterstützten und Jelzins kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion bejubelten. Heute unterstützen diese zentristischen Schwindler weiterhin die sozialdemokratischen Parteien des Rassismus und Krieges.

Für die Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Im Kampf zur Schmiedung revolutionärer trotzkistischer Parteien im Nahen und Mittleren Osten ist es unerlässlich, die Arbeiterklassen über die nationalen Trennlinien hinweg zu vereinigen. In der Türkei hat die brutale Vertreibung der kurdischen Massen, die sie zur Flucht in die Industriezentren Istanbul, Ankara und aus dem Land hinauszwang, die objektive Basis für die Einheit der türkischen und kurdischen Arbeiter gegen Bourgeoisie und Großgrundbesitzer dramatisch erweitert.

Obwohl die türkischen Herrscher versuchen, in der türkischen Bevölkerung nationalistische Leidenschaften aufzupeitschen, indem sie Öcalan als Terrorist verteufeln, haben nur wenige Jahre zuvor 48 000 kurdische und türkische Kohlebergleute gemeinsam in der Schwarzmeerstadt Zonguldak gestreikt, genau zu dem Zeitpunkt, als die türkische Regierung die Vorbereitungen für den UN/NATO-Angriff auf den Irak intensivierte. Wir stellten damals fest (*Spartakist* Nr. 82, Januar 1991), daß der Streik über ökonomische Fragen hinausging, weil gefordert wurde: „Nein zum Krieg!“ – ein direkter Affront gegenüber der Rolle der Türkei als wichtiger NATO-Verbündeter. Wir schrieben, der Streik von Zonguldak „hat die kämpferische und unruhige Arbeiterklasse, Kurden wie Türken, die die repressive Diktatur von Turgut Özal satt hat, in der gesamten Türkei begeistert“. Im kurdischen Ostanatolien und unter türkischen Arbeitern kam es zu Solidaritätsstreiks, und Bergarbeiter sollen Berichten zufolge das Recht der Kurden auf ihre eigene Sprache gefordert haben.

Die Möglichkeit zur Vereinigung der Arbeiter über nationale Trennungslinien hinweg wird durch die Geschichte der irakischen Kommunistischen Partei (KPI) veranschaulicht. Zwar war die KPI seit dem Zeitpunkt ihrer Gründung 1934 stalinistisch und der auf Klassenzusammenarbeit ausgerichteten Strategie treu ergeben, was bedeutet, Volksfrontbündnisse mit „progressiven“ Bürgerlichen zu schließen, dennoch war sie die proletarischste Kommunistische Partei im Nahen Osten. Sie betrieb in den 40er Jahren systematische Arbeit in den Ölfeldern und Industriezentren Kurdistans wie Kirkuk und Mosul und gab eine kurdische Zeitung heraus. Anfang der 50er Jahre war ein gutes Drittel des Zentralkomitees der Partei kurdisch.

Inmitten des großen sozialen Aufbruchs, der dem Sturz der irakischen Monarchie 1959 folgte, wurde diese mächtige Kraft einer sozialen Revolution durch die irakischen Stalinisten und durch Moskau verraten. Anstatt ihre Basis in der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um die Staatsmacht selber zu ergreifen, lenkte die KPI die Arbeiter ab, damit sie den bürgerlichen Militäroffizier Abd al-Karim Qassim unterstützen, den die KPI als den „alleinigen Führer“ pries. Aus Furcht, ein revolutionärer Aufstand im Nahen Osten könnte die so-

wjetischen Arbeiter dazu anspornen, sich gegen die Sowjetbürokratie zu erheben, befahlen die Moskaustalinisten der KPI, diese entscheidende Gelegenheit zur Revolution in den Sand zu setzen. In ihrem Streben nach Entspannung gegenüber den Imperialisten opferten sie die proletarische Revolution im Irak. Im Namen der Unterstützung für die erste Stufe einer illusorischen „Zwei-Etappen-Revolution“ unterstützte die KPI anschließend sogar das Ba'ath-Regime, das dann dazu überging, Kommunisten, Arbeiter und Kurden einzukerkern, zu foltern und zu ermorden.

Der erste Arbeiterstaat der Welt stellte für die unterdrückten Massen im ehemaligen zaristischen „Völkergefängnis“ und auf der ganzen Welt ein Leuchtfeuer der Befreiung dar. Weil die Bolschewiki entschlossen waren, die zahlreichen nationalen Fragen durch einen energischen Kampf für nationale und demokratische Rechte zu lösen, konnte das sowjetische Proletariat die Myriaden unterdrückter Nationalitäten und Völker im ehemaligen Russischen Reich für sich gewinnen. Dies spielte für den Sieg der Arbeiter über die konterrevolutionären Weißen im Bürgerkrieg eine bedeutende Rolle. Nach Lenins festem Willen sollte die Sowjetunion ein freiwilliger Bund von Völkern sein. In den ersten Jahren wurden viele Sowjetrepubliken, autonome Republiken, autonome Gebiete und autonome Bezirke geschaffen: die lebendige Verwirklichung des bolschewistischen Programms der nationalen Selbstbestimmung. 1923 wurde die autonome Republik Kurdistan gegründet.

Die Oktoberrevolution machte den Weg frei für die nationale und soziale Emanzipation der unterdrückten Völker im ganzen ehemaligen Zarenreich, indem sie den Kapitalismus und alle Formen vorkapitalistischer Unterdrückung und Erniedrigung zerschlug. Im traditionell islamischen Zentralasien gewannen die Bolschewiki besonders machtvolle Unterstützung unter den Frauen, die als „Sklaven der Sklaven“ fürchterlicher Unterdrückung ausgesetzt waren. Wie heute in Kurdistan, so fehlte auch in Zentralasien zur Zeit der Oktoberrevolution ein einheimisches Proletariat. So hing die Einführung sozialrevolutionärer Maßnahmen von der proletarischen Machteroberung in den Nachbarregionen ab, in diesem Fall von den entwickelteren Teilen Rußlands. Was Kurdistan angeht, so kann der machtvolle Anteil kurdischer Proletarier in Westanatolien und im westeuropäischen Ausland eine treibende Kraft für den notwendigen internationalistischen revolutionären Kampf sein.

Lenin führte seinen letzten Kampf gerade auf dem Terrain der nationalen Frage gegen niemand anderen als J. W. Stalin, der die Republiken Georgien, Aserbaidschan und Armenien in eine Transkaukasische Föderation zu pressen versuchte. Das Herumtrampeln auf den demokratischen Rechten der nichtrussischen Völker war eine der ersten Handlungen der Bürokratie, als sie die politische Macht an sich riß, was 1923/24 in einer politischen Konterrevolution gipfelte und Lenins bolschewistische Partei zerstörte. In den

folgenden Jahren machte die Bürokratie viele Errungenschaften der sozialistischen Oktoberrevolution von 1917 wieder rückgängig, nicht zuletzt das bolschewistische Programm zur Beendigung nationaler Unterdrückung. Die Stalinisten verbreiteten großrussischen Chauvinismus und führten Zwangsumsiedlungen von Krimtataren, Wolgadeutschen und anderen durch. Verbitterung über den groben Chauvinismus Moskaus gegenüber den nichtrussischen Völkern begünstigte die soziale Konterrevolution, die 1991/92 die Sowjetunion zerstörte.

Trotzki führte Lenins Kampf gegen die wachsende Bürokratie weiter und schmiedete die Linke Opposition, die versuchte, den bürokratischen Würgegriff zu sprengen und dem sowjetischen Proletariat das Bewußtsein der Freiheitsziele der Russischen Revolution wieder einzuprägen. Die Trotzkiisten haben den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos gegen innere Konterrevolution und imperialistische Aggression verteidigt, weil die Sowjetunion weiterhin die entscheidenden wirtschaftlichen Errungenschaften der Oktoberrevolution verkörperte – im wesentlichen die kollektivierten Eigentumsformen und die Planwirtschaft. Gleichzeitig kämpften die Trotzkiisten für den Sturz der Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution, letztendlich der einzige Weg zu verhindern, daß der Stalinismus den Arbeiterstaat verschlingt. Im mörderischen Kampf gegen das falsche stalinistische Dogma vom „Sozialismus in einem Lande“, in dessen Namen revolutionäre Gelegenheiten in anderen Ländern bewußt sabotiert wurden, kämpften die Trotzkiisten für das marxistische Programm der Weltrevolution.

Das ist die internationalistische Tradition, der wir verpflichtet sind und auf deren Grundlage wir kämpfen, um eine revolutionäre Partei für den Kampf für neue Oktoberrevolutionen in aller Welt zu schmieden. Dieser Internationalismus motiviert unser Programm zur Emanzipation des kurdischen Volkes. Wie wir am Vorabend des imperialistischen Golfkriegs gegen den Irak in unserem Artikel „Saddam Husseins Krieg gegen Kurden und Linke“ schrieben (*Spartakist* Nr. 83, Februar 1991):

„Wir unterstützen die Bildung eines kurdischen Staates, aber weil die Lösung für die Frage der kurdischen Unterdrückung es erfordert, vier reaktionäre bürgerliche Regime zu besiegen, kann man sich dies kaum unabhängig von der sozialistischen Revolution in der ganzen Region vorstellen. Die kurdischen Massen müssen ein Bündnis mit dem arabischen, persischen und türkischen Proletariat anstreben. Saddam Hussein und all die anderen reaktionären Herrscher des Nahen Ostens müssen durch die Werktätigen und Unterdrückten zu Fall gebracht werden, die unter ihrer Gewaltherrschaft leiden müssen. Dies erfordert den Aufbau von Parteien der Arbeiterklasse, die für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens kämpfen.“

Spartakist-Extrablatt vom 24. Juni 1999, leicht redigiert.

Freiheit für Öcalan...

Fortsetzung von Seite 24

von Öcalan, zu der die PKK aufgerufen hatte und an der sich die Trotskyist League of Canada (TLC) und die Arbeiterkommunistische Partei Irak beteiligten, gab es ein PKK-Banner: „NATO bekämpft ethnische Säuberung im Kosovo. NATO unterstützt ethnische Säuberung in Kurdistan. Wie lange akzeptieren Sie diese Doppelmoral?“ Zu solchen Illusionen in die „humanitäre“ Phrasendrescherei der NATO-Imperialisten erklärte ein TLC-Sprecher: „Die Tatsache, daß die westlichen Imperialisten ständig die türkischen Herrscher unterstützen, macht deutlich, daß es so etwas wie ‚humanitären‘ Imperialismus einfach nicht gibt. Sie mögen heuchlerische Lippenbekenntnisse gegen die Todesstrafe

gegen Öcalan abgeben, aber im eigenen Land führen sie Abschiebungen, politische Unterdrückung und rassistischen Staatsterror gegen Immigranten durch.“

In Berlin erklärte ein Spartakist-Sprecher auf der Demonstration der PKK am 2. Juli: „Stoppt den Staatsterror der SPD/Grünen-Regierung gegen Kurden! Sofortige Freilassung aller verhafteten Kurden! Wir kämpfen dafür, daß die Arbeiterklasse die Abschiebung von Kurden in die Türkei – in Tod und Folter – verhindert. Wir kämpfen für proletarische Revolution auf der ganzen Welt. Im Nahen Osten für die Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Dazu bedarf es trotzkistischer Avantgardeparteien. Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! Freiheit für Öcalan! Weg mit dem Verbot der PKK!“

nach Workers Vanguard Nr. 716, 9. Juli 1999

SPARTAKIST

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Trotzkismus kontra PKK-Nationalismus

Die haarsträubende Zurschaustellung des gefesselten und gedemütigten Abdullah Öcalan nach seiner Gefangennahme durch den mörderischen türkischen Staat im Februar wirft ein Schlaglicht auf die andauernde nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes. Von Land zu Land gehetzt, während ihm die sozialdemokratischen Regierungen Britanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands das Asyl verweigerten, wurde der Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von türkischen Elitekommandos in Kenia festgenommen. Eingekekert auf der berüchtigten Gefängnisinsel İmralı im Marmarameer, wird Öcalan von dem blutigen türkischen Regime, das ihn mit der Todesstrafe bedroht, jetzt der Prozeß gemacht. Wir fordern: Freiheit für Öcalan!

Jahrzehntelang haben die westlichen Imperialisten den türkischen Staat militärisch und politisch bei der Unterdrückung der Kurden unterstützt. Die USA arbeiteten mit ihren türkischen Klienten Hand in Hand, um Öcalan zu fassen, und stellten ihnen Geheimdienstinformationen zur Verfügung, die zu seiner Verschleppung führten. Was den deutschen Imperialismus angeht, so liefert er an die Türkei Waffen und bildet türkische Eliteeinheiten an der Bundes-

wehführungsakademie aus. Aus Furcht vor Instabilität im Nahen Osten, wo sie hoffen, durch Öl- und Erdgaspipelines sagenhafte Gewinne zu erzielen, unterstützen die deutschen Kapitalisten jeden Schritt ihrer türkischen Verbündeten gegen die PKK und die Kurden. Durch das Schüren einer rassistischen, immigrantenfeindlichen Kampagne gegen kurdische Arbeiter versucht die deutsche Bourgeoisie auch die multinationale Arbeiterklasse im eigenen Land zu spalten und zu schwächen.

Nur Wochen nachdem das türkische Regime Öcalan entführt hatte, starteten NATO-Streitkräfte unter Führung der USA und unter Beteiligung deutscher Kampfflugzeuge einen massiven Bombenkrieg gegen Serbien unter dem heuchlerischen Vorwand, den Kosovo-Albanern „humanitäre“ Hilfe zu leisten gegen „ethnische Säuberungen“ durch die serbischen Verbände von Slobodan Milošević. Den Bombenterror auf dem Balkan im Namen der „Menschenrechte“ zu rechtfertigen ist der Gipfel imperialistischer Heuchelei. Miloševićs abstoßender Nationalismus gegenüber den Kosovo-Albanern verblaßt im Vergleich zur

Fortgesetzt auf Seite 17

Internationale Arbeiterklasse muß das Leben Öcalans retten! Freiheit für Abdullah Öcalan!

Vier Monate nach seiner Verschleppung und Verhaftung in Kenia durch türkische Sicherheitskräfte wurde Abdullah Öcalan, Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) von einem Femegericht in der Türkei am 29. Juni zum Tode verurteilt. Das Urteil stand von vornherein fest. Seit seiner Verhaftung war Öcalan auf einer kleinen Insel in strenger Einzelhaft eingekerkert, und ihm wurde jeder wirkliche Rechtsbeistand verweigert. Seine Anwälte wurden wiederholt bedroht und physisch angegriffen, auch im Gerichtssaal. Wie schon während der Welle internationaler Proteste, die auf Öcalans Verhaftung im Februar folgten, beteiligten sich Kontingente der Internationalen Kommunistischen Liga in verschiedenen Ländern an Protesten gegen das Urteil.

Die Verhaftung und Verurteilung des PKK-Führers hat den Kräften der rechten Reaktion im türkischen Polizeistaat Auftrieb gegeben; das unterstreicht, wie antikurdischer Chauvinismus als eine Waffe nicht nur gegen die seit langem unterdrückten kurdischen Massen, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse in der Türkei gerichtet ist. Öcalans Verhaftung trug dazu bei, die faschistoide Partei

der nationalistischen Bewegung – deren paramilitärische Graue Wölfe Tausende Linke, Arbeiterkämpfer und kurdische Nationalisten ermordet haben – nach den Wahlen im April in die Koalitionsregierung des „linksdemokratischen“ Ministerpräsidenten Bülent Ecevit hineinzukatapultieren. Das Urteil gegen Öcalan wurde begleitet von einem Ausbruch von türkischem Chauvinismus und antikurdischen Provokationen, darunter ein bedrohlicher Aufmarsch von etwa 1000 türkischen Männern durch Diyarbakir, der wichtigsten Stadt Kurdistans.

Mit der Unterstützung durch die USA und Deutschland hat die türkische Bourgeoisie einen Vernichtungskrieg gegen die PKK und die unterdrückte nationale Minderheit der Kurden geführt (siehe oben „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Trotzkismus kontra PKK-Nationalismus“). Doch gerade an die imperialistischen Sponsoren der Türkei richtet die kleinbürgerlich-nationalistische PKK ihre Appelle nach Unterstützung durch Imperialisten. Bei einer Protestkundgebung in Vancouver am 29. Juni gegen die Verurteilung

Fortgesetzt auf Seite 23